



## Presseschau vom 22.07.2022

Quellen: Itar-Tass, Interfax, Ria Novosti, snanews, rusvesna.su, voicesevas.ru, hinzu kommen Informationen der Seiten *dnr-online, lnr-portal, Novorossia, dnr-news, novorosinform u.a. sowie die offiziellen Seiten der Regierungen der Volksrepubliken dan-news, lug-info*. Wir beziehen manchmal auch ukrainische Medien, z.B. *BigMir, UNIAN, Ukrinform, KorrespondenT und die Online-Zeitung Timer aus Odessa* ein. Zur besseren Unterscheidung der Herkunft der Meldungen sind Nachrichtenquellen *aus den neuen Volksrepubliken im Donbass in Rot* (dnr-online, lnr-portal, Novorossia, dan-news, lug-info, dnr-news, novorosinform u.a.) und *ukrainische Quellen in Blau* (BigMir, Ukrinform, UNIAN, KorrespondenT und Timer) gekennzeichnet. Die Wiedergabe russischer und anderer Medien erfolgt in schwarzer Farbe. Meldungen *aus Sozialen Netzwerken* sind *violett* gekennzeichnet. Ausgewählt und übersetzt durch das Kollektiv der „Alternativen Presseschau“

Die Online-Version ist unter <https://alternativepresseschau.wordpress.com/> erreichbar.

### Technischer Hinweis:

Bei den ‚Lesetipps‘ und für Bilder verwenden wir externe Verweise auf die Originalquellen. Wegen aktuell bestehender Einschränkungen innerhalb der EU kann es vorkommen, dass einzelne Verweise zeitweilig nicht funktionieren.

In vielen Fällen lässt sich das Problem beheben, indem man in den Verbindungseinstellungen des jeweiligen Browsers ‚DNS über HTTPS‘ aktiviert ([Anleitungen](#) u.a. [hier](#)) und einen geeigneten DNS-Server (z.B. Cloudflare) festlegt.

Reicht das nicht aus, bietet sich die Nutzung eines VPN mit einem Server außerhalb der EU an. Ein Beispiel hierfür ist [ZenMate](#), das für alle gängigen Browser als kostenlose Erweiterung verfügbar ist. In der kostenlosen Version eignen sich hier die Server in den USA und Singapur.

Referenzierte Bilder werden manchmal nicht sofort angezeigt, weil die jeweiligen Quellen eine eingebaute DDoS-Prüfung verwenden. Hier hilft meist, das jeweilige Bild über das Kontextmenü des Browsers explizit neu zu laden.

### Außer der Reihe – Lesetipps:

**de.rt.com: Live-Ticker zum Ukraine-Krieg**

Russland führt gemeinsam mit den Streitkräften der Donbass-Republiken eine Militäroperation in der Ukraine durch. Der Westen reagiert mit immer neuen Waffenlieferungen an die Ukraine und beispiellosen Sanktionen. Hier lesen Sie die neuesten Entwicklungen. ...

<https://kurz.rt.com/2tg9> bzw. [hier](#)

#### **Rainer Rupp: Ukraine-Desinformationen durch US-Fernseh-Generäle**

Ein ehemaliger US-Oberst und jetziger Journalist macht sich Sorgen über die von US-Fernseh-Generälen verbreiteten Desinformation. Das ist wahrscheinlich unbegründet, denn laut einer Umfrage hat die große Mehrheit der US-Bürger ohnehin kein Vertrauen in die Nachrichten der Mainstream-Medien. Damit sind die Amerikaner den Deutschen sicher meilenweit voraus. ...

<https://kurz.rt.com/3378> bzw. [hier](#)

#### **Rachel Marsden: Wie die EU ihre Bürger unter den Folgen einer gescheiterten Russland-Politik leiden lässt**

Westliche Staats- und Regierungschefs werfen Russland vor, Gas als Waffe einzusetzen. Aber in Wirklichkeit waren es ihre eigenen, gegen Russland verhängten Sanktionen, durch die diese akute Krise ausgelöst wurde. Der Westen könnte diese Krise umgehend beenden, indem er die Sanktionen aufhebt. ...

<https://kurz.rt.com/335c> bzw. [hier](#)

#### **Wladislaw Ugolni: Alles hat seine Vorgeschichte: Wie Kiew die Menschen in seinem ehemaligen Osten entmenslichte**

Ein Blick aus dem Donbass: Die Ukraine hat die Bewohner dieser Region immer schon wie Untermenschen behandelt. Das hat einen Frieden unmöglich gemacht. ...

<https://kurz.rt.com/332q> bzw. [hier](#)

#### **de.rt.com: Thomas Röper über westliche Medien im Ukraine-Konflikt: Was nicht gefällt, kommt nicht oder nur kurz (Video)**

Der Journalist und Autor Thomas Röper geht im Interview mit RT DE auf die aktuelle Berichterstattung der Medien über die Ukraine ein. Laut Röper bestehe scheinbar kein Interesse daran, die russische Perspektive auf den Konflikt zu beleuchten. ...

<https://kurz.rt.com/337g> bzw. [hier](#)

#### **de.rt.com: Immer mehr Arbeitskräfte aus Bosnien-Herzegowina in Deutschland - Der Balkan-Staat leidet darunter**

Pflege, Bau, Logistik: Deutschland ist seit Jahren auf ausländische Beschäftigte angewiesen. Laut einer aktuellen Statistik hat sich die Arbeitskräfte-Zuwanderung aus nicht EU-Staaten in zehn Jahren verdreifacht. Die Ursachen und Folgen des Trends sieht man deutlich in Bosnien-Herzegowina.

<https://kurz.rt.com/338d> bzw. [hier](#)

#### **Bradley Blankenship: Der Besuch von Nancy Pelosi in Taiwan könnte die Beziehung zwischen den USA und China kippen**

Ob die Sprecherin des US-Repräsentantenhauses letztendlich nach Taiwan reist oder nicht, Washington ist der Welt Antworten bezüglich seiner Politik gegenüber China schuldig. Währenddessen scheint die EU zu stark von Washington beeinflusst, um irgendetwas zu unternehmen, damit eine gefährliche Eskalation verhindert wird. ...

<https://kurz.rt.com/338u> bzw. [hier](#)

**abends/nachts:**

**19:52 de.rt.com: Bericht: Kreml bereitet Referenden über Beitritt zu Russland für September vor**

Der Kreml habe laut "Bloomberg" vor, in den von Russland besetzten ukrainischen Gebieten eilig Referenden abzuhalten, damit Präsident Wladimir Putin diese bereits im September an Russland angliedern kann.

Wie Bloomberg am Donnerstag berichtete, habe der Kreml vor, bis zum 15. September Referenden über einen Beitritt zu Russland in Gebieten durchzuführen, die derzeit unter russischer Kontrolle stehen. Besonderes Augenmerk liege dabei auf Donezk und Lugansk sowie den südukrainischen Regionen Cherson und Saporoschje, sagten mehrere anonyme Quellen, die mit der Strategie des Kremls vertraut sind.

Demnach werde das Projekt vom Vize-Leiter der russischen Präsidialverwaltung, Sergei Kirijenko, geleitet. Laut dem Bericht besuche er regelmäßig die Gebiete, um die Vorbereitungen persönlich zu beobachten. Bloomberg mutmaßte, dass die meisten Länder die Ergebnisse dieser Referenden wahrscheinlich nicht anerkennen werden, wie dies auch mit der Krim im Jahr 2014 der Fall war.

Die derzeitige politische Verwaltung der besetzten Gebiete hatte bereits mehrmals ihre Absichten bekundet, Referenden über einen Beitritt an Russland abzuhalten. Einen genauen Termin hat bisher aber niemand genannt. Die Regionen führten den Rubel ein und verteilen unter der Bevölkerung russische Pässe. Russische Fernseh- und Radiosender haben dort ihren Sendebetrieb aufgenommen.

Der Kreml reagierte bisher zurückhaltend auf Fragen zur Zukunft dieser Gebiete. "Die Bestimmung des zukünftigen Schicksals dieser Menschen liegt in ihren Händen", sagte Kremlsprecher Dmitri Peskow zu Bloomberg. "Wenn sie ein Referendum abhalten wollen, wird es ihre Entscheidung sein."

John Kirby, Sprecher des Nationalen Sicherheitsrats der USA, sagte diese Woche, die USA werden "schnell und hart" reagieren und neue Sanktionen verhängen, "falls Russland ukrainische Gebiete annektieren" sollte.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.07/article/62d9577748fbef77c37f793c.jpg>  
*Soldaten der DVR-Volksmiliz hissen die Nationalflagge der Donezker Volksrepublik vor der Stadtverwaltung in Wolnowacha*

**20:00 de.rt.com: Abgeordneter der Werchowna Rada: Staatsbürgerschaft des Unternehmers Kolomoiski entzogen**

Der Abgeordnete der Werchowna Rada Sergei Wlassenko hat in den sozialen Netzwerken ein Foto des angeblich geheimen Dekrets des ukrainischen Präsidenten Wladimir Selenskij gezeigt, womit dem Oligarchen Igor Kolomoiski die ukrainische Staatsbürgerschaft entzogen

worden sei.

Auf der veröffentlichten Liste stehen zehn Namen. Neben Kolomoiski sind auch der Politiker und Ko-Vorsitzende der Partei "Oppositionsplattform – Für das Leben" Wadim Rabinowitsch sowie der Geschäftsmann Gennadi Korban aufgezählt. Das Dokument ist auf den 18. Juli datiert, trägt aber nicht die Unterschrift des Präsidenten.

Der Abgeordnete Jaroslaw Schelesnjak reagierte prompt auf das Bild. Auf seinem Telegram-Kanal teilte er mit, dass die Abgeordneten am 18. und 19. Juli haben abstimmen sollen und dass mindestens ein Parlamentarier aus dieser Liste an der Abstimmung teilgenommen habe. In diesem Zusammenhang äußerte Schelesnjak Zweifel an dem Datum des angeblichen Dokuments. Alles sei möglich, aber "bisher sieht es sehr seltsam aus", hieß es weiter. Eine offizielle Bestätigung dieser Informationen liegt aber weiterhin nicht vor. Im Februar hatte der ukrainische Politikexperte Dmitri Kornejtschuk Igor Kolomoiski als den Mann bezeichnet, der mehr als jeder andere Belastungsmaterial über Selenskij haben soll.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.07/article/62d987af48fbef7aa860656c.jpg>

*Igor Kolomoiski*

#### 20:28 de.rt.com: **Ungarn will zusätzliches Gas aus Russland kaufen**

Die ungarischen Behörden haben bei Gesprächen in Moskau erklärt, zusätzliches Gas aus Russland kaufen zu wollen. Seit Mitte Juli herrscht in Ungarn ein Energienotstand: Die Behörden befürchten, dass das Gas für den Winter nicht ausreichen wird.

Vertreter Ungarns haben ihr Interesse an zusätzlichen russischen Gaslieferungen in diesem Jahr bekundet. Dies erklärte der russische Außenminister Sergei Lawrow nach Gesprächen mit seinem ungarischen Amtskollegen Péter Szijjártó. Der russische Minister versicherte: "Der Antrag wird unverzüglich gemeldet und geprüft."

Seiner Auffassung nach wird die praktische Zusammenarbeit zwischen Moskau und Budapest durch die offenkundig russophobe Politik der USA und eine zügellose Verschärfung der Sanktionen der EU behindert. Lawrow sagte:

"Wir sind nicht daran interessiert, dass diese Dinge unsere Zusammenarbeit behindern. Wir werden Lösungen suchen und finden, die unsere Zusammenarbeit in allen Bereichen sozusagen unabhängig von solchen Launen und Bestrafungsversuchen machen."

Vor den Gesprächen sagte Szijjártó, eines der Hauptziele der Gespräche sei zu erörtern, wie die Energieversorgung Ungarns in den kommenden Monaten sicherer gestaltet werden könne. Er erklärte:

"Ich möchte heute mit Ihnen sprechen und vereinbaren, die bereits bestehenden Gaslieferungen aus Russland nach Ungarn zu erhöhen."

Am 13. Juli verhängte Ungarn aufgrund der steigenden Energiepreise den Energienotstand.

Der Leiter des Büros des ungarischen Premierministers, Gergely Gulyás, erklärte:

"Das Gas in Europa wird für die Heizperiode Herbst/Winter wahrscheinlich nicht ausreichen."

Mit Sofortmaßnahmen können wir sicherstellen, dass das Land auch im Winter genügend Energie hat."

Kurz darauf beschloss die ungarische Regierung, weitere 700 Millionen Kubikmeter Gas zu kaufen. Auf der Pressekonferenz mit Lawrow betonte Szijjártó, dass es für Ungarn unmöglich sei, die erforderlichen 700 Millionen Kubikmeter ohne Russland zu beschaffen, ob es dies nun wolle oder nicht. Er sagte:

"Man kann träumen, man kann verschiedene Ballons aufblasen, aber die physische Realität bleibt eine physische Realität."

Im Juni forderte Budapest Brüssel auf, keine weiteren Sanktionen gegen Russland zu verhängen, da die EU in diesem Krieg um wirtschaftliche Probleme auf der Verliererseite stehen würde.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.07/article/62d98a40b480cc49b67d1bb1.jpg>

*Der russische Außenminister Sergei Lawrow und der ungarische Außenminister Péter Szijjártó bei einer Pressekonferenz nach ihrem Treffen in Moskau, 21. Juli 2022*

#### 20:30 de.rt.com: **Medienbericht: Große Gruppe ukrainischer Saboteure aus Odessa in Cherson aufgefliegen**

Eine der größten Sabotagegruppen des Gebiets Cherson soll gestellt worden sein. Diese sei von Offizieren des ukrainischen Sicherheitsdienstes beaufsichtigt worden, berichtete die russische Nachrichtenagentur RIA Nowosti mit Verweis auf einen Vertreter eines russischen Sicherheitsdienstes. Die Quelle teilte ferner mit:

"Als Ergebnis einer gut koordinierten Arbeit wurde eine weitere Person, die die Sprengung von Bahngleisen plante, identifiziert und festgenommen. Diese war Mitglied einer Sabotagegruppe unter der Leitung des Aufsehers des Inlandsgeheimdienstes aus Odessa."

Bei dem Einsatz seien über 48 Kilogramm TNT sowie mehrere Glattrohrwaffen beschlagnahmt worden.

#### wpered.su: **Kasbek Tajsajew befindet sich auf einem Arbeitsbesuch im Donbass**

Am 19. Juli traf der Sekretär des ZK der KPRF, der erste stellvertretende Vorsitzende des Komitees der Staatsduma für Angelegenheiten der GUS, eurasische Integration und Verbindungen mit Landsleuten Kasbek Tajsajew in der Lugansker Volksrepublik ein. Dies teilt der Pressedienst der KPRF mit.

Am ersten Tag der Reise fand in Starobelsk in Treffen mit dem kommissarischen Leiter des Bezirks Walerij Michajlowitsch Pachniza und den Abgeordneten des Volkssowjets der LVR Alexandr Wiktorowitsch Jermolenko und Maxim Anatoljewitsch Uwarow statt. Dann legten die Abgeordneten gemeinsam Blumen an der Büste des ersten Oberhauptes der LVR Walerij Bolotow nieder. Außerdem traf sich Kasbek Kuzukowitsch mit dem Justizminister der LVR Saur Raufowitsch Ismailow, dem Generalstaatsanwalt der LVR Sergej Sergejewitsch

Gorenko, der Vorsitzenden des Obersten Gerichts der Lugansker Volksrepublik Swetlana Saberschanowna Trifanowa und anderen Vertretern der obersten Führung der LVR. K.K. Tajsajew übergab Glückwünsche von der Kommunistischen Partei der RF und überreichte feierlich eine Medaille zum 100. Jahrestag der Gründung der UdSSR.

Außerdem fand im Vorfeld in Lugansk eine Arbeitssitzung der Freundschaftsgruppe der Abgeordneten der Staatsduma der RF mit den Abgeordneten des Volkssowjets der LVR statt. Bei der Sitzung wurde unterstrichen, dass jeder Stadt und jedem Bezirk ein Abgeordneter der Staatsduma der RF und ein Abgeordneter der Volkssowjets der LVR zugeteilt werden wird, die die Arbeit in dem jeweiligen Gebiet gemeinsam durchführen werden. Der Vorsitzende des Volkssowjet der LVR Denis Miroschnitschenko begrüßte die Abgeordneten der Staatsduma der RF auf der heldenhaften Erde des Lugansker Landes, das heute die Front der Russischen Welt ist.

„Eine solche Zahl von Vertretern der von Abgeordneten der Staatsduma der RF haben wohl selbst russische Regionen nicht gesehen. Dies unterstreicht die historische Bedeutung des Moments, ich möchte Ihnen ein weiteres mal danken. Kollegen, uns steht ernsthafte Arbeit auf absolut dem ganzen Territorium der Lugansker Volksrepublik bevor“, unterstrich der Sprecher des Parlaments.

Der Vorsitzende des Volkssowjets der LVR verlas die Liste der Städte und Bezirke der Republik und die ihnen zugewiesenen Abgeordneten des Volkssowjets der LVR. Außerdem wurden aktuelle Probleme der Regionen berührt, die eine komplexe operative Lösung erfordern. Kasbek Kuzukowitsch Tajsajew wurde gemeinsam mit dem jungen Kommunisten, dem Abgeordneten des Volkssowjets der LVR Alexandr Wiktorowitsch Jermolenko, dem Bezirk Starobelsk der LVR zugeordnet.

Am 20. Juli traf sich Kasbek Tajsajew mit dem Oberhaupt der LVR Leonid Paseschnik. Zu Beginn des Treffens überbrachte Kasbek Kuzukowitsch Grußworte vom Vorsitzenden der KPRF und der SKP-KPSS Gennadij Andrejewitsch Sjuganow sowie herzliche Glückwünsche zur Befreiung der Heimatgebiete vom Joch der Ukronazis. Die Seiten erörterten dringende und ernste Probleme der Region, den Wiederaufbau der Infrastruktur sowie die humanitäre Lage. Im Rahmen des Besuchs in der LVR fand ein Treffen mit Soldaten statt. Im Namen des ZK der KPRF überreichte Kasbek Tajsajew mutigen Soldaten, die zur Verteidigung des vielgeprüften Volks des Donbass aufgestanden sind, Parteiauszeichnungen. Bei dem Treffen wurden den Soldaten Lebensmittel sowie spezielle Mini-Generatoren und notwendige Ausrüstung übergeben.

Dann besuchten die Mitglieder der Delegation die Kathedralen des Heiligen Wladimir in Lugansk. Kasbek Kuzukowitsch wurde mit großer Wärme in dem so heiligen Ort empfangen. Und nicht ohne Grund. Im Jahr 2014, in den schweren Tagen der Eskalation des Konflikts, war mit Unterstützung von G.A. Sjuganow, W.I. Kaschin und K.K. Tajsajew die Kuppel der Kirche wiederaufgebaut worden.

An diesem Tag legten die Kommunisten Blumen am Denkmal des russischen Revolutionärs K. Je. Woroschilow nieder.

Am 21. Juli fuhr die Delegation unter Leitung von K.K. Tajsajew im Rahmen des Arbeitsbesuchs in die Donezker Volksrepublik.

## 20:42 de.rt.com: **Analyse aus den USA: Pharmakonzerne erhöhten Arzneimittelpreise 2022 mehr als tausendfach**

Das US-Gesundheitswesen gilt als das teuerste der Welt. Zuletzt gingen laut einer Analyse die Kosten für verschreibungspflichtige Medikamente in die Höhe. Auch bei Pharmakonzernen, die bereits mit Corona-Präparaten Rekordgewinne einfuhren, stiegen die Preise für andere Arzneimittel an.

Die US-Pharmaindustrie hat die in diesem Jahr 1.186 Arzneimittelpreise erhöht. Dies geht aus einer Analyse der US-Organisation "Patients for Affordable Drugs" (zu Deutsch: Patienten

für erschwingliche Arzneimittel) hervor. Dabei handelt es sich um eine Interessengruppe, die sich für eine Deckelung der Preise für verschreibungspflichtige Medikamente einsetzt. Die Organisation veröffentlichte ihre [Analyse](#) am Mittwoch.

Trotz Rekordgewinnen haben die Pharmaunternehmen allein zwischen dem 24. Juni und dem 5. Juli dieses Jahres die Preise für 133 Produkte erhöht, so die Gruppe, die zugleich darauf verwies, dass der durchschnittliche Preisanstieg für 2022 bei fünf Prozent lag. Allein im Juli hätten demnach 64 Arzneimittelhersteller ihre Preise erhöht.

Auch bei Unternehmen wie dem US-Pharmariesen Pfizer, der mit seinem COVID-19-Impfstoff noch nie dagewesene Gewinne eingefahren hat, seien laut "Patients for Affordable Drugs" dennoch Preise für andere Medikamente weiter in die Höhe gegangen. So habe zum Beispiel allein das Leukämie-Medikament "Besponsa" von Pfizer seit Beginn der COVID-19-Pandemie vier Preiserhöhungen erfahren und kostet jetzt 21.056 Dollar pro Ampulle.

Ein anderer Konzern, Amgen, hat seinen Preis für das Präparat Enbrel, das zur Behandlung von Autoimmunerkrankungen eingesetzt wird, seit dem Erwerb der Rechte an dem Medikament im Jahr 2002 so oft und so stark erhöht, dass dieser Anstieg sogar über der rekordverdächtigen Inflationsrate in den USA liegt. Zwischen der Übernahme und 2020 erhöhte Amgen den Preis des Medikaments 27 Mal, bis es schließlich 5.554,96 US-Dollar pro Monat kostete, was eine Steigerung von 457 Prozent gegenüber dem ursprünglichen Preis darstellt. Allein in diesem Jahr erfolgten zwei weitere Erhöhungen, obwohl ein Ausschuss des US-Repräsentantenhauses im Jahr 2020 die Preisgestaltung von Amgen untersucht und die Praktiken des Arzneimittelherstellers scharf verurteilt hatte.

Der Gründer von "Patients for Affordable Drugs", David Mitchell, wies darauf hin, dass die US-Bürger durch die wirtschaftliche Flaute im Zusammenhang mit der COVID-19-Pandemie noch darum kämpften, über die Runden zu kommen. Derweil würde die Pharmabranche damit fortfahren, "die Arzneimittelpreise ohne Rücksicht auf die Gesundheit und das finanzielle Wohlergehen der Amerikaner zu erhöhen". Mitchell wies darauf hin, dass die Deckelung der Kosten für verschreibungspflichtige Medikamente im gesamten politischen Spektrum breite Unterstützung genieße, und warf die Frage auf, warum allerdings bisher nichts unternommen worden sei.

Zwar haben die Demokraten im US-Senat Anfang dieses Monats einen Gesetzentwurf eingebracht, der die staatliche Krankenversicherung Medicare zu Preisverhandlungen mit Pharmaunternehmen verpflichten würde. Doch Kritiker haben bereits darauf hingewiesen, dass das Gesetz nur für diejenigen gilt, die im Medicare-Programm der Regierung eingetragen sind. Angesichts der Tatsache, dass 2020 nur 18,4 Prozent der US-Amerikaner bei Medicare versichert waren, bleibt der Großteil der Arzneimittelverbraucher ohne jegliche Möglichkeit, ihre eigenen Rezeptkosten zu drücken.

Die Gesetzesvorlage könnte auch die Arzneimittelhersteller dazu verleiten, ihre neuen Produkte noch teurer zu machen, da die Unternehmen erst dann über die Preise verhandeln müssen, wenn das Medikament bereits seit mindestens sieben Jahren auf dem Markt ist.

Fast die Hälfte der neuen verschreibungspflichtigen Markenpräparate wird mit einem Jahrespreis von 150.000 Dollar oder mehr auf den Markt gebracht, heißt es in einem Artikel, der letzten Monat im Journal of the American Medical Association veröffentlicht wurde. Die Autoren stellten außerdem fest, dass die neu eingeführten verschreibungspflichtigen Arzneimittel zwischen 2008 und 2021 Jahr für Jahr jeweils 20 Prozent mehr kosteten.

Die Vereinigten Staaten haben das teuerste Gesundheitswesen der Welt, obwohl die Behandlungsergebnisse im Vergleich zu allen anderen Industrieländern schlechter sind. Die Lebenserwartung der US-Amerikaner ist niedriger als die aller anderen Industrienationen, obwohl die Ärzte in den USA besser bezahlt werden als in anderen Industrieländern.



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.07/article/62d9485db480cc19130cba61.jpg>

### 20:58 de.rt.com: **Putin: Westliche Länder geben Russland Schuld für ihre eigenen ungerechtfertigten Entscheidungen**

Der russische Präsident Putin kritisierte, dass der Westen die Verantwortung für seine eigenen energiepolitischen Fehlentscheidungen auf Russland abwälzt. Außerdem bezeichnete er die Energiesparpläne sowie die Umweltspekulationen Deutschlands als unsinnig.

Die westlichen Länder spekulieren über Umweltprobleme, verängstigen ihre Bürger, treffen unüberlegte Entscheidungen und geben Russland die Schuld. Dies erklärte der russische Präsident Wladimir Putin in seiner Rede auf dem Forum "Starke Ideen für eine neue Zeit" am Mittwoch. Putin sagte:

"Es ist in vielen Ländern Mode geworden, außerdem spekulieren sogar einige über dieses Thema [die Umwelt, Anm. d. Red.], und Spekulationen führen natürlich zu Fehlern. Das ist die gleiche Art und Weise, wie einige westliche Länder heute mit Problemen im Energiesektor konfrontiert sind, und eine der Komponenten dieser Probleme ist die Spekulation auf die Umwelt."

Diese Spekulationen führten dazu, dass im nächsten Schritt ein Schuldiger gesucht werde. Putin mahnte:

"So sollten wir uns nicht verhalten."

Der russische Präsident sagte, dass ihm am Vortag ein [Bild](#) gezeigt worden sei, das in Europa im Internet und in den Medien kursierte.



Er erläutert:

"Das Bild zeigt einen Mann und unten die Bildunterschrift: 'Wenn Sie Putin wütend machen

wollen, waschen Sie nur diese vier Stellen'. Und das ist – hier, hier, hier und hier. Nun, was ist das? Sie sind völlig verrückt geworden. Wasser sparen, Energie sparen, Strom sparen ... Nun, das ist einfach Unsinn. Sie haben eine Menge Fehler gemacht, und jetzt wissen sie nicht, was sie tun sollen und suchen einen Schuldigen."

Gleichzeitig wies Putin darauf hin, dass es sicherlich notwendig ist, sich mit der Ökologie zu befassen, aber nicht auf Kosten der Energiesicherheit der Bürger. Er erinnerte auch daran, dass Russland ein umfangreiches Umweltprogramm verabschiedet habe.



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.07/article/62d9664948fbef769f21c64e.jpg>

Der russische Präsident Wladimir Putin auf dem Forum "Starke Ideen für eine neue Zeit", 20. Juli 2022

21:00 de.rt.com: **Alexander Lukaschenko: Weißrussland erkennt Status der Krim sowie die LVR und DVR an**

Weißrussland arbeitet mit den Volksrepubliken Donezk und Lugansk zusammen, das heißt, es hat deren Status praktisch anerkannt. Dies erklärte der weißrussische Präsident Alexander Lukaschenko in einem Interview mit der französischen Nachrichtenagentur Agence France-Presse (AFP). Wörtlich sagte er:

"Faktisch arbeiten wir so mit ihnen zusammen, wie Sie mit der Ukraine faktisch zusammenarbeiten, die Sie bereits in Teile geteilt haben und dann wiederherstellen werden. Ich werde Lugansk und Donezk sowie der Krim helfen. Wir arbeiten mit ihnen zusammen und machen keinen Hehl daraus. Das heißt, wir haben de facto zugegeben, dass es die Krim, Lugansk und Donezk gibt. Es ist ein müßiges Geschwätz, warum Lukaschenko sie anerkannt hat oder nicht. Wenn nötig, werden wir sie aber auch per Präsidialdekret anerkennen."

Nach Ansicht des weißrussischen Staatschefs sei eine offizielle Anerkennung bislang nicht erforderlich.



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.07/article/62d9989548fbef769f21c686.jpg>

Alexander Lukaschenko beim Interview mit AFP am 21. Juli

22:00 de.rt.com: **Medienbericht: Nord-Stream-Turbine steckt im Transit in Deutschland**

**fest**

Die Turbine für Nord Stream, die nach Reparaturen von Kanada nach Russland transportiert werden soll, steckt derzeit in Deutschland fest. Dies teilte Reuters unter Verweis auf ungenannte Quellen mit. Reuters berichtet:

"Die Turbine, wegen der laut Moskau der Gasfluss durch die Nord-Stream-Pipeline nach Europa beeinträchtigt worden sei, sitzt in Deutschland fest, weil Russland noch keine Erlaubnis für den Rücktransport erteilt hat."

Bundeswirtschaftsminister Robert Habeck (Bündnis 90/ Die Grünen) erklärte dazu, dass die Turbine Anfang der Woche im Land eingetroffen sei. Er wollte jedoch nicht präzisieren, wann die Turbine an Russland übergeben werden wird.

Gazprom hatte zuvor angegeben, dass es von der deutschen Firma Siemens noch keine Unterlagen über die Rückgabe der Turbine für Nord Stream erhalten habe.

#### 22:30 de.rt.com: **EU-Rat verhängt siebtes Sanktionspaket gegen Russland**

Die EU hat ein weiteres Paket antirussischer Sanktionen verabschiedet – das siebente in Folge. Neben der Aufnahme von 55 weiteren russischen Staatsbürgern und juristischen Personen in die Schwarze Liste sieht das Dokument ein teilweises Embargo für Gold und eine Reihe von Waren vor.

Im Einzelnen wurden der erste Vize-Ministerpräsident der russischen Regierung, Andrei Beloussow, der Bürgermeister von Moskau, Sergei Sobjanin, die Schauspieler Wladimir Maschkow und Sergei Besrukow und der Präsident des russischen Motorrad- und Rockerclubs Nachtwölfe, Alexander "Chirurg" Saldostanow, sanktioniert.

Als zusätzliche Verschärfung beschloss der EU-Rat, die Sanktionen bis zum 31. Januar 2023 zu verlängern. Ein Dokument mit den Einzelheiten der Verbote soll zu einem späteren Zeitpunkt veröffentlicht werden. Ursula von der Leyen [betonte](#) auf Twitter:

"Die Mitgliedstaaten haben sich darauf geeinigt, die EU-Sanktionen gegen den Kreml zu verschärfen und zu erweitern. Dies ist eine Botschaft an Moskau: Wir werden den Druck so lange wie nötig aufrechterhalten."

Die EU soll jedoch nach Angaben des Wall Street Journals einen Vorschlag zur Verhängung von Sanktionen gegen das russische Unternehmen VSMPO-AVISMA blockiert haben, da Frankreich und mehrere andere Länder befürchten, dass Russland seine Titanexporte in die EU-Länder einstellen wird.



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.07/article/62d9af9a48fbef76e302cd9a.jpg>

**vormittags:**

7:15 de.rt.com: **RT begutachtet Situation in einer Region, die von Kräften der**

### **Volksrepublik Lugansk kontrolliert wird**

Die ukrainischen Kräfte sollen zivile Ziele in der Volksrepublik Donezk abermals beschossen haben. Mehr als 400 Schüsse aus verschiedenen Waffensystemen seien allein am Mittwoch in die Republik abgefeuert worden, so die lokalen Behörden. Drei Zivilisten seien getötet, zwei weitere verletzt worden. Aufnahmen zeigen die Folgen des Beschusses eines der Wohnbezirke in der Stadt Donezk. RT hat mit einer Zeugin des Beschusses gesprochen.

<iframe src="https://vk.com/video\_ext.php?oid=-134310637&id=456255492&hash=4426bfe95d01598b" width="640" height="360" frameborder="0" allowfullscreen="1" allow="autoplay; encrypted-media; fullscreen; picture-in-picture"></iframe>

[https://vk.com/video-134310637\\_456255492](https://vk.com/video-134310637_456255492)

### **7:35 de.rt.com: Gasfluss durch Nord Stream 1 weiter konstant**

Netzdaten zufolge fließt seit Abschluss der Wartungsarbeiten weiter kontinuierlich Gas durch die Pipeline Nord Stream 1. Wie aus Angaben auf der Webseite der Betreibergesellschaft Nord Stream AG hervorgeht (Stand 6.15 Uhr), wurden auch in der Nacht zum Freitag sowie am frühen Freitagmorgen konstant knapp 29,3 Gigawattstunden pro Stunde geliefert. Das entspricht einer Lieferung von rund 700 Gigawattstunden pro Tag und etwa 40 Prozent der theoretisch möglichen Auslastung. Der Gasfluss liegt damit weiter auf dem Niveau von vor Beginn der zehntägigen Wartungsarbeiten am 11. Juli.



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.07/original/62da342bb480cc26297df3ab.jpg>

*Anlandungsstelle der Ostsee-Pipeline Nord Stream 1 und Übergabestation der OPAL-Gaspipeline, der Ostsee-Pipeline-Anbindungsleitung, Lubmin, 21. Juli 2022*

### **8:00 de.rt.com: Europa ade? Russische Immobilienkäufer setzen auf die Türkei**

Russen, die früher an Immobilien in Italien und Spanien interessiert waren, erwägen nun den Kauf von Eigentum in der Türkei, so Experten gegenüber TASS. In dem letzten halben Jahr hat sich die Nachfrage russischer Kunden nach Immobilien in diesem Land verdoppelt.

Flugsperrung für die russische Luftfahrt, Schwierigkeiten bei der Abwicklung von Bankgeschäften und drohende Beschlagnahmung von Immobilien und Bankkonten – die EU-Sanktionen greifen bereits: Russen, die früher rege in europäische Immobilien investiert hatten, orientieren sich nun ebenso rege auf andere Märkte.

Experten erklären der Nachrichtenagentur TASS, dass sich die Nachfrage von Russen nach Immobilien in der Türkei in den letzten sechs Monaten verdoppelte.

Alexander Tschernokulski, Direktor des russischen Unternehmens Schilfond, das eine Niederlassung in der Türkei hat, sagte in einem Interview mit der Agentur:

"Die Nachfrage nach Immobilien in der Türkei wächst schon seit mehreren Jahren, aber seit dem Frühjahr dieses Jahres hat sie einen neuen Sprung erlebt: Vergleicht man sie mit der

ersten Hälfte des letzten Jahres, hat sie sich gerade verdoppelt. Allein im April haben Russen mehr als 1.000 Immobilienobjekte in der Türkei gekauft."

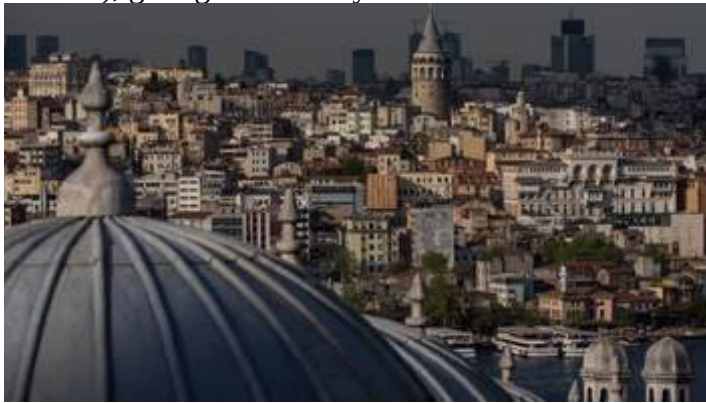
Gleichzeitig habe sich das Bild des Käufers im Frühjahr merklich verändert, so Tschernokulski:

"Früher gab es viele Kunden aus den Regionen, jetzt kommen die meisten Käufer aus Moskau und Sankt Petersburg. Früher haben Moskauer und Petersburger sich vor allem für Immobilien in Spanien und Italien entschieden, aber mit der Schließung der Grenzen wurde ihr Interesse an der Türkei geweckt."

Experten des Immobilienportals Turk.Estate haben ähnliche Informationen, so TASS. Den Immobilienexperten zufolge stieg das Interesse der Russen am Kauf von Immobilien in der Türkei in der ersten Hälfte des laufenden Jahres im Vergleich zum Vorjahreszeitraum um 130 Prozent.

Wie die Experten betonen, sind türkische Immobilien attraktiv, weil sie relativ erschwinglich sind und außerdem die Möglichkeit bieten, einen offiziellen Status in diesem Land zu erhalten. Darüber hinaus sei der Kauf von Immobilien in der Türkei aufgrund des Preisanstiegs auch aus Investitionssicht attraktiv.

Nach Angaben der Kalinka Group ist der beliebteste Standort bei Ausländern Istanbul (45 Prozent), gefolgt von Antalya mit 21 Prozent.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.07/article/62d93f24b480cc19130cba41.jpg>

*Häuser und Wohnanlagen an einem Berghang in Istanbul*

8:00 de.rt.com: **Behörden des Gebiets Saporoschje: EU erkennt Region als Teil Russlands an**

Das Mitglied des Hauptrates des Gebiets Saporoschje, Wladimir Rogow, hat behauptet, dass die Europäische Union mit dem im offiziellen EU-Amtsblatt veröffentlichten Dokument über das siebte Paket der EU-Sanktionen gegen Russland das Territorium des Gebiets im Wesentlichen als Teil Russlands anerkannt habe. Er schrieb auf seinem Telegram-Kanal:

"Im siebten Sanktionspaket erkennen die Euro-Beamten das Territorium des Gebiets Saporoschje faktisch als Teil Russlands an."

Grund dafür sei die Formulierung "Der sogenannte Vertreter des Hauptrates der militärisch-zivilen Verwaltung des Gebiets Saporoschje", die sich auf die Verhängung von Sanktionen gegen Rogow bezieht. Rogow führte aus:

"Die EU-Beamten stellen meine Zugehörigkeit zur militärisch-zivilen Verwaltung infrage, nicht aber die militärisch-zivile Verwaltung selbst. Damit werden ihre Rechtmäßigkeit und die Souveränität Russlands über das Territorium des Gebiets Saporoschje anerkannt."



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.07/original/62da3baa48fbef76e302cdb8.jpg>  
 Passanten auf dem Platz des Sieges in Melitopol, 19. Juli 2022

#### 8:30 de.rt.com: **Medienbericht: Schiffskorridor im Schwarzen Meer für Getreideexporte aus der Ukraine bald in Betrieb**

Ein sicherer Korridor für die Durchfahrt von Schiffen mit Getreide im Schwarzen Meer könnte bald in Betrieb genommen werden, so eine mit den Verhandlungen in Istanbul vertraute Quelle gegenüber RIA Nowosti. Die Quelle wird von der Nachrichtenagentur zitiert: "Wir hoffen, dass dies in den kommenden Wochen soweit sein wird".

Die Parteien hätten die entsprechenden Garantien abgegeben, hieß es. Den Angaben zufolge wird eine Beobachtergruppe unter der Schirmherrschaft der UN in Istanbul die Durchfahrt der Schiffe kontrollieren. Diese sei bereits einsatzbereit. Die Quelle beschrieb den Prozess der Vorbereitung eines Dokuments zur Getreide-Frage außerdem als kompliziert.

Wie die türkische Präsidialverwaltung zuvor gegenüber RIA Nowosti mitgeteilt hatte, soll das Dokument zur Getreide-Frage am Freitag um 16:30 Uhr Ortszeit in Istanbul unterzeichnet werden. An der Zeremonie werden der türkische Staatschef Recep Tayyip Erdoğan und UN-Generalsekretär António Guterres teilnehmen.

#### Telegram-Kanal der Volksmiliz der LVR: **Erklärung des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der LVR Hauptmann I.M. Filiponenko über die Lage am 22.7.2022**

Bei Gefechten mit Einheiten der Volksmiliz erlitt der Gegner in den letzten 24 Stunden folgende Verluste an Personal und Technik:

- 43 Mann;
- 4 Schützenpanzerwagen;
- 6 Fahrzeuge;
- 1 dauerhafter Feuerpunkt.

Der Gegner setzt den Terror gegen die Zivilbevölkerung der Republik fort und beschießt Objekte der zivilen Infrastruktur von Ortschaften der LVR, die keine Gefahr für den Gegner darstellen und keine militärischen Objekte sind.

**In den letzten 24 Stunden haben die bewaffneten Formationen der Ukraine Choroscheje mit amerikanischen Mehrfachraketenwerfern M142 HIMARS beschossen und 3 Raketen abgefeuert.**

Informationen über Verletzte und Schäden werden noch ermittelt

Technische Pioniereinheiten der Volksmiliz der LVR entminen weiter das Territorium der Republik.

So haben Pioniere der Volksmiliz der LVR gestern mehr als 5 Hektar Territorium von explosiven Objekten, die von ukrainischen Nationalisten in den Gebieten von Gorskoje und

Solotoje zurückgelassen wurden, gesäubert.

Die Volksmiliz der LVR setzt gemeinsam mit gesellschaftlichen Organisationen die Lieferung von humanitärer Hilfe an Einwohner der befreiten Territorien der Republik fort.

So haben gestern die Volksfront mit Unterstützung der Volksmiliz der LVR

Lebensmittelpakete für Flüchtlinge, die zeitweilig auf dem Gebiet des Melowskij-Bezirks leben, geliefert.

Außerdem haben Vertreter der Volksfront humanitäre Güter für Soldaten eine Artillerieabteilung des 6. Kosakenregiments geliefert.

#### 8:52 de.rt.com: **Waffen für die Ukraine – Niederlande riskieren eigene Engpässe und können nicht viel mehr geben**

In einem Interview anlässlich eines steigenden Rüstungsbudgets erklärt der niederländische Verteidigungsstaatssekretär, dass das niederländische Militär an die Grenzen dessen stoße, was es noch tun könne, um die Ukraine mit militärischer Ausrüstung zu unterstützen.

Soeben erst hatte NATO-Chef Jens Stoltenberg Berichten zufolge beteuert, dass sowohl moralische als auch rationale Gründe es geböten, der Ukraine alles, was zum Sieg benötigt werden, zu geben und über den mitunter hohen Preis nicht zu jammern. An diesen Leitsatz, nicht zu jammern, sondern zu helfen, scheinen sich die Niederlande bereits gehalten zu haben. Vor gut einer Woche erhielt Den Haag entsprechenden Dank und Lob aus Kiew:

"Es wurde bereits viel getan, was den Umfang der bereitgestellten Verteidigungshilfe betrifft.

Die Niederlande gehören zu den zehn wichtigsten Partnern unseres Landes, wofür wir sehr dankbar sind. Und ich möchte die Entscheidung der niederländischen Regierung zur Kenntnis nehmen, unserem Land zusätzliche schwere Waffen zu liefern, wofür wir sehr dankbar sind.

Ich kann auch noch einmal über die jüngste Bereitstellung von 200 Millionen Euro zusätzlicher finanzieller Unterstützung für die Ukraine berichten. Und diese Entscheidung der niederländischen Regierung wird dazu beitragen, die Finanzierung der Zahlungen für ukrainische Lehrer, Ärzte und Rentner sicherzustellen", so Präsident Wladimir Selenskij.

Doch stößt das westeuropäische Land im fünften Monat des Ukraine-Krieges an die Grenzen seiner Möglichkeiten, die Ukraine militärisch zu unterstützen. Laut

Verteidigungsstaatssekretär Christophe van der Maat erschöpfen sich die niederländischen Rüstungslager. In einem Interview erklärt er das "Dilemma": Die Niederlande wollen helfen, aber "unsere Garage ist nicht unendlich voll. Es wird immer anstrengender, was wir tun können."

Die Unterstützung der Ukraine wirke sich zunehmend auf die niederländischen Streitkräfte aus. Als Beispiel nennt van der Maat das Geschenk in Form von 18 Panzerhaubitzen für die Ukraine: "Dort kann man bereits die Auswirkungen auf unsere eigene Ausbildung sehen.

Dieser Einfluss auf uns selbst wird weiter zunehmen."

Wie der Verteidigungsstaatssekretär betont, hatten die niederländischen Streitkräfte schon vor dem Krieg in der Ukraine mit Engpässen zu kämpfen, er sei davon schockiert gewesen, als er sein Amt als Staatssekretär antrat. "Ich glaube nicht, dass der Außenwelt klar ist, was wir von der Verteidigung verlangt haben." Im Falle eines Angriffs auf die Niederlande könnte sich das Verteidigungsministerium demnach nur "einige Tage lang" beteiligen.

Dabei stockte die niederländische Regierung den Verteidigungshaushalt um mehrere Milliarden Euro auf. Doch werde die Ausrüstungs- und Munitionsknappheit nicht so schnell zu ändern sein: "Jetzt, wo die weltweite Nachfrage in die Höhe schießt, sind alle Produktionslinien in der Verteidigungsindustrie überlastet", sagte van der Maat.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.07/article/62d97be6b480cc6107797bed.jpg>

### 9:30 de.rt.com: **Strack-Zimmermann befürwortet direkte Lieferungen schwerer Waffen an Kiew**

Die FDP-Verteidigungspolitikerin Marie-Agnes Strack-Zimmermann setzt sich aufgrund der Erfahrungen des Ringtauschs mit Drittländern für Direktlieferungen schwerer Waffen aus Deutschland an die Ukraine ein. Die Vorsitzende des Verteidigungsausschusses im Bundestag betonte gegenüber der Rheinischen Post am Freitag:

"Die Idee des Ringtauschs macht Sinn. Aber es läuft nicht so, wie wir es uns vorgestellt haben.

Wir müssen dann auch den Mut haben einzugestehen, dass es nicht so funktioniert, wie wir uns das vorgestellt haben und sollten gegebenenfalls stattdessen direkt an die Ukraine liefern."

Ringtausch bedeutet, dass osteuropäische Bündnispartner Waffen sowjetischer Bauart in die Ukraine liefern und dafür von Deutschland Waffen als Ausgleich erhalten. Die Waffen sowjetischer Bauart können von den ukrainischen Soldaten leichter bedient werden als Geräte aus westlicher Produktion, die für sie neu sind. Anfang Juli hatte Bundeskanzler Olaf Scholz im Bundestag weitere Waffenlieferungen an die Ukraine im Zuge des sogenannten Ringtauschs für die kommenden Wochen angekündigt.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.07/original/62da4a9ab480cc26297df3c1.jpg>

Marie-Agnes Strack-Zimmermann bei einer Diskussionsveranstaltung zur Eröffnung eines Forums für die Erarbeitung der neuen deutschen Sicherheitsstrategie, 18. März 2022, Berlin

### Telegram-Kanal der Volksmiliz der DVR: **Erklärung des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der DVR zur Lage am 22.7.22 um 10:30 Uhr**

Die ukrainische Seite terrorisiert weiter die Zivilbevölkerung der Republik, indem er massive Artillerieschläge auf Wohngebiete und Objekte der zivilen Infrastruktur verübt, die ihrerseits

keine Gefahr für den Gegner darstellen und keine militärischen Objekte sind.

**In den letzten 24 Stunden hat der Gegner** nach Informationen des GZKK der DVR **660 Geschosse** mit Mehrfachraketenwerfern „Grad“, Rohrartillerie des Kalibers 155mm, 152mm und 122mm sowie 120mm- und 82mm-Mörsern **abgefeuert** und außerdem **nicht lenkbare Raketen des Kalibers 80mm eingesetzt** (ohne Einsatz von Fluggeräten).

Die Gebiete von **16 Ortschaften** der Republik wurden beschossen. Durch Beschuss **starb ein Zivilist, 7 wurden verletzt**. 38 Wohnhäuser und 7 zivile Infrastrukture Objekte wurden beschädigt.

Zusätzliche Informationen über verletzte Zivilisten und Schäden an Infrastruktur werden noch ermittelt.

Durch gemeinsame Handlungen von Soldaten der Donezker Volksrepublik und der Streitkräfte der Russischen Föderation wurden in den letzten 24 Stunden folgende feindliche Waffen und Militärtechnik vernichtet: 7 Fahrzeuge, 2 Schützenpanzerwagen und mehr als 30 Mann.

#### 9:56 de.rt.com: **Moskau verbietet mehreren australischen Sicherheitsbeamten und Topmanagern die Einreise**

Russland hat beschlossen, 39 australischen Sicherheitsbeamten und Topmanagern die Einreise ins Land zu verbieten. Diese Entscheidung wurde als Reaktion auf die von Australien im Rahmen des Magnitski-Gesetzes verhängten Beschränkungen gegen Russen getroffen. Russische Behörden haben 39 australischen Staatsangehörigen die Einreise nach Russland untersagt, heißt es in einer auf der Webseite des russischen Außenministeriums veröffentlichten Meldung. In der Erklärung zu den Gründen für die Maßnahme heißt es: "Als Reaktion auf eine frühere Entscheidung des offiziellen Canberra, Sanktionen im Rahmen des australischen Äquivalents zum 'Magnitski-Gesetz' zu verhängen, setzt die Russische Föderation zusätzlich 39 Personen aus den Sicherheitsdiensten, den Grenzdiensten und den Unternehmen der Verteidigungsindustrie Australiens auf der Grundlage der Gegenseitigkeit auf die nationale 'Stoppliste'."

Zu den Personen, denen die Einreise nach Russland untersagt wurde, gehören:

- Australiens Erster Stellvertretender Innenminister Michael Pezzullo und fünf weitere Abgeordnete;
- die Abteilungsleiter des Innenministeriums Joe Buffone, Hamish Hansford, Michael Milford, Sophie Sharpe und Pip de Veau;
- Minister und Kommissare für den Strafvollzug und die Polizeipräsidenten der australischen Bundesstaaten;
- der Direktor des australischen Grenzschutzes, Malcolm Skene, und der Kommissar des Grenzschutzes, Michael Outram, sowie seine Mitarbeiter;
- das Topmanagement des Verteidigungsunternehmens Serco.

Das Auswärtige Amt Russlands fügte hinzu, dass Russland sich weitere Gegenmaßnahmen vorbehält, wenn die australischen Behörden "die russophobe Stimmung weiter anheizen und einen Kurs der Ausweitung der Sanktionen verfolgen".

Die Sanktionen, auf die das russische Außenministerium mit der Ankündigung neuer Maßnahmen reagierte, wurden Ende März von Australien verhängt. Sie betreffen 14 russische Staatsbürger, die für schwere Korruption verantwortlich sein sollen, und weitere 25 Russen, die laut Canberra "Täter und Komplizen bei der Misshandlung und dem Tod" des Wirtschaftsprüfers Sergei Magnitski von Hermitage Capital Management gewesen sein sollen. Eine Liste der von den Sanktionen betroffenen Personen wurde nicht vorgelegt.

Magnitski hatte die Veruntreuung von Geldern aus dem russischen Haushalt aufgedeckt. Wenig später wurde der Wirtschaftsprüfer jedoch selbst unter dem Vorwurf verhaftet, Steuerhinterziehungspläne aufgestellt zu haben, die der Staatsanwaltschaft zufolge von Hermitage Capital Management genutzt wurden. Im Herbst 2009 starb Magnitski in der

Moskauer Haftanstalt Matrosskaja Tischina. Einige Monate vor seinem Tod legten Magnitski und später auch seine Witwe und seine Mutter beim Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte Beschwerde ein. Im Jahr 2019 verurteilte das Gericht Russland zur Zahlung von 34.000 Euro an die Familie des Verstorbenen und befand das Land für schuldig, in mehreren Punkten gegen die Menschenrechtskonvention verstoßen zu haben. Im Jahr 2012 verabschiedeten die USA das Magnitski-Gesetz, um russische Staatsbürger zu bestrafen, die angeblich in Menschenrechtsverletzungen verwickelt sind. Vier Jahre später verabschiedeten die Vereinigten Staaten ein gleichnamiges Dokument, das den Geltungsbereich des Gesetzes auf andere Länder ausweitet.



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.07/article/62d9a349b480cc460f6e858f.jpg>

#### 10:00 de.rt.com: **Oberhaupt der Internationalen Atomenergie-Organisation betont Wichtigkeit des Dialogs mit Russland**

Der Leiter der Internationalen Atomenergie-Organisation (IAEO) Rafael Grossi hat erklärt, dass er den Dialog mit Russland im Hinblick auf die Ukraine-Lage unterstütze. Angaben der Nachrichtenagentur RIA Nowosti zufolge sagte Grossi der spanischen Zeitung El País:

"Ich unterstütze den Dialog mit der russischen Regierung. Es ist äußerst wichtig, den Dialog mit denjenigen aufrechtzuerhalten, die Kontrolle über ein Kernkraftobjekt ausüben."

Im Juli wollten Vertreter der IAEO das gegenwärtig unter russischer Kontrolle stehende Kernkraftwerk von Saporoschje besuchen. Der Besuch wurde von der lokalen Verwaltung bewilligt, von Kiew allerdings abgelehnt.

Am 20. Juli hatten ukrainische Drohnen das Kraftwerk angegriffen. Die Verwaltung des Gebiets berichtete daraufhin, dass der Reaktor nicht beschädigt wurde und das Kraftwerk weiterhin routinemäßig betrieben werde.



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.07/original/62da567648fbef7aa86065d7.jpg>

*Der Leiter der Internationalen Atomenergie-Organisation Rafael Grossi, Aufnahme vom 6. Juni 2022*

10:30 de.rt.com: **Russland erweitert Liste unfreundlicher Staaten**

Die russische Regierung hat Griechenland, Dänemark, Slowenien, Kroatien und die Slowakei auf die Liste der sogenannten unfreundlichen Staaten aufgenommen, teilte der Pressedienst des Ministerkabinetts mit.

In einem Dokument wurde außerdem die Anzahl der Mitarbeiter festgelegt, die die Botschaften und Konsulate dieser Staaten in Russland einstellen können. Für Griechenland beläuft sich diese Zahl auf 34 Personen, für Dänemark auf 20, und für die Slowakei auf 16. Slowenien und Kroatien dürfen hingegen in ihren diplomatischen und konsularischen Vertretungen kein einheimisches Personal mehr beschäftigen.

Es hieß in der Pressemitteilung ferner:

"Die von der Regierung genehmigte Liste ist nicht endgültig und kann angesichts der anhaltenden feindseligen Handlungen ausländischer Staaten gegen russische Auslandsvertretungen erweitert werden."

Vergangenen Mai waren bereits die USA und Tschechien auf die Liste gesetzt worden.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.07/original/62da5ed148fbef76e302cde3.jpg>

11:00 de.rt.com: **DVR: 262 Zivilisten in 156 Tagen durch ukrainischen Beschuss getötet**

Die Vertretung der Donezker Volksrepublik beim Gemeinsamen Zentrum für Kontrolle und Koordination hat bekannt gegeben, dass seit dem Beginn der Eskalation im Donbass am 17. Februar insgesamt 262 Zivilisten, darunter 16 Kinder, getötet worden sind. In Bezug auf Verwundete meldete die Behörde weiter:

"Auf dem Gebiet in den Grenzen vor dem Beginn der militärischen Spezialoperation erhielten 1.221 Zivilisten, darunter 94 Kinder, Verwundungen unterschiedlicher Stärke. Auf dem während der militärischen Spezialoperation befreiten Gebiet wurden 1.499 Zivilisten, darunter 84 Kinder, verwundet."

Seit dem Beginn des Konflikts hätten ukrainische Truppen 6.363 Mal das Feuer auf das Gebiet der Republik eröffnet und dabei 6.033 Mal schwere Waffen eingesetzt, so die Meldung weiter. Dabei seien 5.711 Wohnhäuser und 1.260 Objekte ziviler Infrastruktur beschädigt worden.

**Telegram-Kanal des Oberhauptes der DVR Denis Puschilin: Die Führung Russlands und der Donezker Volksrepublik unternehmen Schritte für eine komplexe Gewährleistung der Sicherheit und einen allseitigen Schutz der Bevölkerung des Donbass.**

Heute üben der Westen und die Ukraine einen beispiellosen Druck auf die Republik aus und schaffen Bedrohungen sowohl für die physische als auch für die psychische Sicherheit. Ziel dieses Drucks ist es, die Einwohner der Donezker Volksrepublik einzuschüchtern, ihren Willen zu brechen.

Wir sind überzeugt, dass ihnen das nicht gelingen wird, weil der russische Wille nicht gebrochen werden kann, aber in dieser Situation darf man auch nicht untätig sein.

Die unmenschliche Propaganda der Ukraine und des Westens hat schon lange alle Grenzen überschritten. Es findet eine echte Treibjagd auf Russen, ein Aufdrängen von Lügen und Desinformation statt. An der Front der Informationstechnologien befindet sich in diesem Zusammenhang die Suchmaschine Google, die auf Befehl ihrer Kuratoren aus der amerikanischen Regierung offen Terrorismus und Gewalt gegen alle Russen und besonders die Bevölkerung des Donbass propagiert.

Das hat bei weitem nicht gestern begonnen. Ich meine, dass man sich mit einer solchen Situation nicht weiter abfinden darf. Wir haben die Entscheidung getroffen, Google auf dem Territorium der DVR zu blockieren. So geht man in jeder Gesellschaft mit Kriminellen um: sie werden von den anderen Menschen isoliert. Falls Google damit aufhört, seine kriminelle Politik zu betreiben und in den Bereich des Gesetzes, der Moral und des gesunden Verstands zurückkehrt, wird es für seine Aktivität keinerlei Hindernisse geben.

#### 11:21 de.rt.com: **Israel bombardiert erneut Syrien: Drei syrische Soldaten nahe Damaskus getötet**

Mindestens drei Soldaten der Syrisch-Arabischen Armee wurden bei einem israelischen Angriff auf einen Vorort von Damaskus getötet. Die jüngste israelische Aggression erfolgte wenige Tage, nachdem Russland, Iran und die Türkei auf dem Syrien-Gipfel die anhaltenden Angriffe Israels auf Syrien verurteilt hatten.

Bei einem neuen israelischen Luftangriff in Syrien sind nach syrischen Angaben drei Soldaten getötet worden. "Der israelische Feind hat einen Luftangriff durchgeführt", erklärte das syrische Verteidigungsministerium in der Nacht zum Freitag. "Die Aggression hat drei Soldaten getötet und sieben weitere verletzt", hieß es dort weiter. Die syrische Luftabwehr habe mehrere der Raketen abfangen können. Die Ziele lagen in einem Vorort der syrischen Hauptstadt Damaskus. Der Angriff verursachte auch materielle Schäden, heißt es in der Erklärung.

Staatliche Medien zitierten einen Militärbeamten mit den Worten, dass die Raketen kurz nach Mitternacht von den israelisch besetzten Golanhöhen aus abgefeuert wurden.

Die sogenannte Syrische Beobachtungsstelle für Menschenrechte mit Sitz in London erklärte, es seien drei weitere Ausländer getötet und insgesamt zehn Menschen verletzt worden. Der Angriff richtete sich gegen mehrere Ziele auf dem Militärflughafen Mezzeh im Südwesten von Damaskus, teilte die Beobachtungsstelle mit, so etwa gegen "eine Einrichtung der syrischen Luftwaffe", gegen "das Büro eines ranghohen Offiziers" und gegen ein "iranisches Waffenlager". Der Angriff soll einem Waffendepot im Stadtteil Sayeda Zainab in Damaskus gegolten haben.

Die jüngste israelische Aggression erfolgte wenige Tage, nachdem Russland, Iran und die Türkei auf dem Syrien-Gipfel die anhaltenden Angriffe Israels auf Syrien verurteilt hatten.

Während Iran und Russland offenbar eine strategische Partnerschaft seit dem Ukraine-Krieg eingehen, haben die Beziehungen zwischen Israel und Russland einen Tiefpunkt erreicht. Das russische Justizministerium hat vor Kurzem die Auflösung des Büros der "Jewish Agency for Israel" in Russland beantragt.

Israel ist zusammen mit den USA und deren anderen westlichen und arabischen regionalen Partnern ein Unterstützer der islamistischen Gruppierungen gewesen, die in den vergangenen Jahren gegen die Regierung in Damaskus operiert hatten. Der syrische Präsident Baschar al-Assad erklärte vor Kurzem in einem [Interview](#) mit RT, dass die Aggression Israels gegen

Syrien erst dann eingeleitet worden sei, als die Terroristen in Syrien in den vergangenen Jahren immer mehr an Boden verloren hätten.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.07/article/62da5f9948fbef751a3652fc.jpg>

**11:30 de.rt.com: Russlands Verteidigungsministerium: vier HIMARS-Raketenwerfer zwischen 5. und 20. Juli vernichtet**

Der Sprecher des russischen Verteidigungsministeriums, Generalleutnant Igor Konaschenkow, hat während seines täglichen Presseberichts bekannt gegeben, dass vier der von den USA an die Ukraine gelieferten Mehrfachraketenwerfer vom Typ HIMARS im Zeitraum zwischen dem 5. und 20. Juli von russischen Streitkräften durch Artillerie- und Luftschläge zerstört worden seien. Konaschenkow sagte:

"Zwei Werferanlagen wurden in der Nähe der Ortschaft Malotaranowka liquidiert, ein weiterer HIMARS mit einer Transport- und Lademaschine im Umland von Krasnoarmejsk sowie die vierte Werferanlage – am östlichen Rand von Konstantinowka in der Donezker Volksrepublik."



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.07/article/62da769d48fbef769f21c6ff.jpg>

*US-amerikanischer Mehrfachraketenwerfer vom Typ HIMARS bei einer Militärübung im Yakima Training Center im US-Bundesstaat Washington*

**nachmittags:**

**12:00 de.rt.com: Google in DVR und LVR gesperrt**

Der Chef der Volksrepublik Donezk, Denis Puschilin, hat die Entscheidung der DVR-Behörden bekannt gegeben, den Zugang zur Online-Suchmaschine Google auf dem Gebiet der Volksrepublik zu blockieren. Er warf dem US-Unternehmen vor, Propaganda von Terrorismus und Gewalt gegen die russischen Bürger und insbesondere die Bevölkerung des

Donbass zu betreiben sowie den Google-Nutzern Lügen und Fehlinformationen aufzuzwingen. Puschilin schrieb auf seinem Telegram-Kanal:

"Wir haben beschlossen, Google auf dem Gebiet der DVR zu sperren. So wird in jeder Gesellschaft mit Kriminellen umgegangen: Sie werden von anderen Menschen isoliert." Puschilin fügte hinzu, die Blockierung werde aufgehoben, wenn Google "seine kriminelle Politik aufgibt und ins Fahrwasser des Rechts, der Moral und des gesunden Menschenverstandes zurückkehrt".

Seit Donnerstag ist Google auch in der Volksrepublik Lugansk unzugänglich, nachdem der Republikchef Leonid Passetschnik ähnliche Vorwürfe gegen den US-Konzern erhoben hatte.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.07/original/62da6fbeb480cc4af131bc01.jpg>

#### 12:22 de.rt.com: **Bund steigt mit 30 Prozent beim Energiekonzern Uniper ein – Preissteigerungen für Gaskunden**

Der Bund steigt im Zuge eines milliardenschweren Rettungspakets beim angeschlagenen Energiekonzern Uniper ein. Demnach wird die Beteiligung des Bundes an Uniper rund 30 Prozent betragen. Zugleich kündigte Kanzler Scholz eine Umlage und damit höhere Preise für Gaskunden an.

Das Unternehmen sei von überragender Bedeutung für die Energieversorgung der Bürger und Unternehmen, sagte Bundeskanzler Olaf Scholz am Freitag in Berlin. Der SPD-Politiker kündigte damit den Einstieg des Bundes beim angeschlagenen Uniper an – im Zuge eines milliardenschweren Rettungspakets.

Die Stabilisierungsmaßnahmen sehen laut dem Energiekonzern eine Kapitalerhöhung von rund 267 Millionen Euro zum Ausgabepreis von 1,70 Euro je Aktie unter Ausschluss des Bezugsrechts der Aktionäre vor. Die Kapitalerhöhung führe zu einer Beteiligung des Bundes an Uniper von rund 30 Prozent.

Das für den Energieversorger gewährte Darlehen über die staatliche Bank KfW soll von 2 Milliarden auf 9 Milliarden Euro erhöht werden. Das Rettungspaket sieht aber auch eine Umlage für Gaskunden vor, was zu Preissteigerungen führen wird. Scholz kündigte an, dass die Umlage am 1. Oktober oder am 1. September kommen werde. Er nannte eine Höhe von 2 Cent pro Kilowattstunde. Zugleich fügte der SPD-Politiker hinzu, dass auch weitere Entlastungen auf die Bürger zukämen. So werde es Anfang kommenden Jahres eine große Wohngeldreform geben, so Scholz. Dabei werde unter anderem der Kreis der Berechtigten ausgeweitet. Er sprach zudem von einem Heizkostenzuschuss. Der Kanzler sagte:

"You'll never walk alone."

Man werde niemanden alleine lassen. Es solle verhindert werden, dass jemand vor eine unlösbare Situation gestellt werde, so der SPD-Politiker weiter.

Mit der Umlage soll der Versorger Preissteigerungen weitergeben und damit finanziell wieder Luft bekommen. Uniper hatte staatliche Hilfen vor mehreren Wochen beantragt. Das

Unternehmen muss wegen der Drosselung der russischen Lieferungen über die Ostseepipeline Nord Stream 1 teureres Gas auf dem Markt einkaufen, um Verträge zu erfüllen. Das führt zu Liquiditätsproblemen.

Uniper spielt eine zentrale Rolle für die deutsche Energieversorgung und beliefert mehr als hundert Stadtwerke und Industriefirmen. Scholz und Bundeswirtschaftsminister Robert Habeck hatten dem Energiekonzern staatliche Unterstützung zugesichert. Habeck hatte gesagt:

"Wir werden nicht zulassen, dass ein systemrelevantes Unternehmen in Insolvenz geht und infolgedessen der globale Energiemarkt in Turbulenzen gerät."

Die Bundesregierung werde die Option wählen, die für den deutschen Steuerzahler die beste und günstigste und für die Versorgungssicherheit die sicherste sei.

Die nun verkündeten Stabilisierungsmaßnahmen stehen unter anderem unter dem Vorbehalt einer beihilferechtlichen Genehmigung der EU-Kommission. Uniper werde eine außerordentliche Hauptversammlung einberufen, um die Zustimmung der Aktionäre zu den Stabilisierungsmaßnahmen einzuholen.

Bundestag und Bundesrat hatten kürzlich Änderungen des Energiesicherungsgesetzes beschlossen. Die Bundesregierung kann demnach eine Umlage über eine Rechtsverordnung erlassen. Das Umlagesystem soll ähnlich funktionieren wie bei der inzwischen abgeschafften EEG-Umlage zur Förderung des Ökostroms über die Stromrechnung.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.07/article/62da7f6748fbef790459fd71.jpg>

*Hauptsitz von Uniper in Düsseldorf*

#### 12:30 de.rt.com: **Russisches Verteidigungsministerium meldet Tötung von bis zu 300 Nationalisten in Kramatorsk**

Bis zu 300 Angehörige des ukrainischen nationalistischen Verbands "Die schwarze Hundertschaft", die sich in einem Schulgebäude niedergelassen hatten, sind durch einen russischen Präzisionsschlag getötet worden. Dies meldete der Sprecher des russischen Verteidigungsministeriums, Generalleutnant Igor Konaschenkow, während seines täglichen Presseberichts:

"Durch einen Angriff mit einer bodenbasierten Präzisionswaffe wurde die Übergangsbasis der nationalistischen Formation 'Die schwarze Hundertschaft' im Gebäude der Schule Nr. 23 der Stadt Kramatorsk der Donezker Volksrepublik vernichtet."

Konaschenkow fügte hinzu, dass bei diesem Angriff auch über 40 Sonderfahrzeuge zerstört worden seien.

Ein weiterer russischer Raketenangriff soll sich gegen ein Munitionsdepot der ukrainischen 59. Brigade der motorisierten Infanterie im Osten der Stadt Nikolajew gerichtet haben. Dabei seien bis zu 30 Militärangehörige getötet, sechs Panzer- und Automobilfahrzeuge zerstört sowie insgesamt etwa 3.000 Geschosse für Raketenwerfer und Selbstfahrlafetten vernichtet worden.

#### 13:30 de.rt.com: **New York Times: Ukraine bereit, für Passage von Getreidetransporten**

### **Minen zu räumen**

Die Ukraine hat sich einverstanden erklärt, Seeminen im Schwarzen Meer zu räumen, um eine Passage für Getreide transportierende Schiffe zu ermöglichen. Dies berichtete die Zeitung New York Times unter Verweis auf drei regierungsnahe Quellen in Kiew.

Der Generalsekretär der Vereinten Nationen, António Guterres, fügte hinzu, dass sich Kiew einverstanden erklärte, "nur wenige" Minen zu räumen.

Wie aus dem Bericht der New York Times hervorgeht, sei es geplant, dass Getreidetransporte von ukrainischer Marine und Küstenschutz in internationale Gewässer eskortiert werden und nach Istanbul fahren, bevor sie zu anderen Zielpunkten aufbrechen. In Istanbul soll ein von der Türkei eingerichtetes Kontrollzentrum sicherstellen, dass die Schiffe nicht für den Waffenschmuggel in die Ukraine missbraucht werden.

Die Zeitung zitierte zwei EU-Beamte, die sich zuversichtlich gaben, dass die von den Vereinten Nationen organisierten Verhandlungen in Istanbul am heutigen Freitag zu einem Abkommen führen werden, das den Export von Getreide aus der Ukraine ermöglichen wird.

### **14:42 (13:42) novorosinform.org: Tausende Einwohner von Severodonezk und Lisichansk halfen den Russen während der Offensive – Gajdaj**

Eine große Anzahl von Menschen in Severodonezk und Lisichansk wartete auf die Ankunft der russischen Soldaten. Dies erklärte der ukrainische „Leiter“ der Lugansker Regionalverwaltung Sergej Gajdaj.

Ihm zufolge gab es oft Fälle, in denen Anwohner die Russen über den Standort der Streitkräfte der Ukraine informierten.

Er gab zu, dass die Zahl der Menschen, die auf die „Ankunft der russischen Welt“ warteten, in die Tausende geht. Gleichzeitig deutete er an, dass alle in Sewerodonezk verbliebenen Zivilisten Verräter sein könnten, nach seinen Schätzungen sind das mehr als 10.000 Menschen.

„Der Prozentsatz ist nicht groß. Aber selbst wenn es ein- oder zweitausend Menschen sind, die helfen würden (den Streitkräfte der Russischen Föderation), ist es immer noch eine Menge“, sagte Gajdaj.



[https://novorosinform.org/content/images/93/78/49378\\_720x405.jpg](https://novorosinform.org/content/images/93/78/49378_720x405.jpg)

### **13:53 de.rt.com: Nach Biden-Reise: Putin telefoniert mit saudischem Kronprinzen über Ölförderung**

Während US-Präsident Joe Biden auf seiner ersten Nahost-Tour vergeblich versuchte, den saudischen Kronprinzen zu überzeugen, mehr Öl auf Markt zu bringen, telefonierte Mohammed bin Salman mit Wladimir Putin, um die Kooperation mit Russland auf dem Ölmarkt fortzusetzen.

Der russische Präsident Wladimir Putin und Saudi-Arabiens Kronprinz Mohammed bin Salman haben sich laut Reuters in einem Telefonat darauf verständigt, die Kooperation auf dem Ölmarkt fortzusetzen. Das Gespräch fand sechs Tage nach dem Besuch von US-Präsident Joe Biden in Saudi-Arabien statt und hob die Bedeutung des Königreichs für Washington und Moskau in einer Zeit hervor, in der steigende Ölpreise den Verlauf des Krieges in der Ukraine beeinflussen könnten. "Es wurde die Wichtigkeit einer weiteren Koordinierung innerhalb des Rahmens von OPEC+ betont", teilte der Kreml am Donnerstag nach dem Telefonat zwischen Putin und bin Salman auf seiner Webseite mit.

Obwohl Biden bei seiner ersten Nahost-Tour verkündet hatte, dass die USA kein Vakuum für China, Russland und Iran im Nahen Osten hinterlassen würden und weiterhin "engagiert" in der Region bleiben wollten, brachte seine Reise kaum handfeste Ergebnisse. Biden kehrte ohne eine Zusage für höhere Ölförderungen aus Saudi-Arabien zurück.

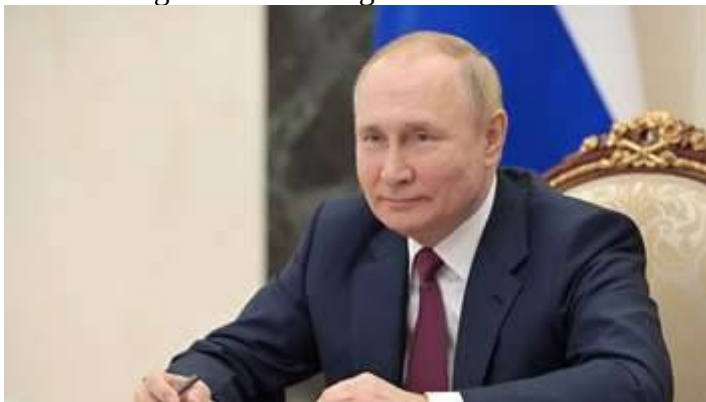
Der US-Präsident beendete seine Nahost-Reise letzte Woche ohne Ankündigung, dass das Königreich die Ölproduktion erhöhen werde, um die Kraftstoffpreise zu senken, die die höchste US-Inflation seit vier Jahrzehnten ausgelöst hatten. Saudi-Arabien deutete lediglich an, dass eine begrenzte Erhöhung der Produktion möglich sei.

Die Öllianz OPEC+ einigte sich kürzlich darüber, die Fördermenge im Sommer viel stärker anzuheben als in den vergangenen Monaten. Reuters berichtete seinerzeit, dass Saudi-Arabien sich eng mit Russland beraten habe, bevor die OPEC+ sich für eine moderate Steigerung der Ölfördermenge entschieden hatte.

Saudi-Arabien hat laut Informationen des Wall Street Journal allerdings begrenzte zusätzliche Kapazitäten, um die Ölproduktion im Zuge des Ukraine-Krieges zu steigern. Der saudische Außenminister Prinz Faisal bin Farhan machte zudem am Samstag auf dem Golfgipfel deutlich, dass sich Saudi-Arabien in der Wahl seiner Partner nur ungern auf US-Wunsch einschränken will.

Die OPEC hatte in den letzten Monaten wiederholt Forderungen aus den USA und anderen großen Ölabnehmerstaaten zurückgewiesen, mehr Rohöl in den Markt zu pumpen, um die Preise zu drücken. Im Mittelpunkt der Ölpolitik steht nun das nächste Treffen der OPEC+, das für den 3. August geplant ist.

Die auf das Petrodollar-System angewiesenen USA könnten dann vom Krieg in der Ukraine profitieren, wenn der Preisanstieg für Energieträger eingedämmt werden könnte. Die hohen Preise auf den Rohstoffmärkten im Verlaufe des Ukraine-Krieges führten dazu, dass Russland trotz geringerer Ausfuhrmengen sogar höhere Gewinne als zuvor erzielen konnte, während steigende Preise und Angst vor einer Hyperinflation für wachsende Verunsicherung der Bevölkerung im Westen sorgen.



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.07/article/62da79aab480cc177b2053e7.jpg>

14:20 de.rt.com: **Russisches Rotes Kreuz: Internationale Gremien finden keine Beweise für Zwangsevakuierungen aus dem Donbass nach Russland**

Die Vertreter internationaler Organisationen, die die an die Volksrepubliken Donezk und Lugansk angrenzenden russischen Regionen besucht haben, haben keine Hinweise darauf gefunden, dass Evakuierungen aus dem Donbass nach Russland gewaltsam durchgeführt werden. Dies sagte der Vorsitzende des Russischen Roten Kreuzes (RRK), Pawel Sawtschuk, in einem Interview mit TASS.

Ihm zufolge haben die Kollegen vom Internationalen Komitee vom Roten Kreuz (IKRK) und der Internationalen Föderation der Rotkreuz- und Rothalbmond-Gesellschaften "die Möglichkeit, alles mit eigenen Augen zu sehen und zu hören". Sawtschuk erklärte ferner: "Wir arbeiten auch aktiv mit dem UN-Flüchtlingshochkommissariat zusammen. So haben unsere Mitarbeiter zum Beispiel gerade mit einem Vertreter des Hohen Flüchtlingskommissars der UN die Gebiete Woronesch und Belgorod besucht. Nächste Woche werden sie ins Gebiet Kaluga reisen."

Solche Besuche hätten zum einen eine Überwachungsfunktion, um die vorliegenden Anträge zu bewerten, erklärte der RRK-Chef. Andererseits solle dadurch sichergestellt werden, dass es sich bei den Umsiedlern um keine Zwangsevakuierungen handele, da solche Fragen jedes Mal von den Kollegen von den internationalen Gremien gestellt würden. Sawtschuk fügte hinzu: "Bislang haben wir keine Bestätigung für diese Annahmen gefunden."



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.07/original/62da8c2eb480cc18ba61ba68.jpg>

*Evakuierte Bewohner des Donbass in der Zweigstelle des Russischen Roten Kreuzes im Bezirk Kirowski in Rostow am Don*

#### 14:40 de.rt.com: **Medienbericht: Die Ukraine unterzeichnet separates Abkommen über Getreide-Exporte mit der Türkei und der UNO**

Die Ukraine hat ihren Teil des Abkommens über die Getreide-Exporte aus ukrainischen Häfen mit der Türkei und den Vereinten Nationen unterzeichnet, berichtete das ukrainische Nachrichten-Portal Strana.ua. Demnach haben an der Unterzeichnungszeremonie der ukrainische Infrastrukturminister Alexander Kubrakow, der türkische Verteidigungsminister Hulusi Akar und der UN-Generalsekretär António Guterres teilgenommen.

Laut dem Bericht der Webseite sieht das Abkommen vor, dass Kiew die Kontrolle über die Schwarzmeer-Häfen von Odessa, Tschernomorsk und Juschny im Süden des Landes behält. Außerdem sollen sich in den Häfen künftig nur Schiffe aufhalten dürfen, die die Exporte von Getreide, Nahrungs- und Düngemitteln gewährleisten.

Zuvor hatte der ukrainische Präsidentenberater Michail Podoljak via Kurznachrichtendienst Twitter angekündigt, dass die Ukraine "keinerlei Dokumente mit Russland unterzeichnet" und dass Ankara sowie die UN zwei spiegelbildliche Übereinkünfte mit beiden Ländern abschließen würden.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.07/original/62da9b2448fbef751a365381.jpg>

15:00 de.rt.com: **Polen will Flugzeuge und Panzer aus Südkorea kaufen**

Polen bereitet zur Verstärkung seiner Streitkräfte auch größere Käufe von Flugzeugen und Panzern aus Südkorea vor, meldet die dpa. Warschau sei an 48 leichten Kampfflugzeugen des Typs FA-50 interessiert, sagte Verteidigungsminister Mariusz Błaszczak am Freitag nach Medienberichten. "Bereits im nächsten Jahr würde das erste Flugzeug in Polen eintreffen. Wir sind dabei, die Verhandlungen darüber abzuschließen, wir stehen kurz vor dem Abschluss", sagte er.

Dazu kämen südkoreanische Kampfpanzer "K2 Black Panther". "Bereits in diesem Jahr werden wir die ersten Einheiten erhalten, insgesamt 180 Panzer in der ersten Charge", sagte Błaszczak. Künftig werde Polen diese Panzer auch in Lizenz bauen und weiterentwickeln. Das östliche EU- und NATO-Mitglied Polen rüstet auf, um einer angeblichen Bedrohung durch Russland zu begegnen. Vertreter Russlands hatten zuvor Warschau beschuldigt, eine Übernahme der Westukraine zu planen.

15:05 de.rt.com: **Erdoğan fordert die USA auf, den Nordosten Syriens zu verlassen**

Schon seit längerer Zeit ist die Präsenz kurdischer Gruppen im Norden Syriens ein Dorn im Auge Ankaras. Die USA hatten die kurdischen Milizen unter dem Vorwand des Kampfes gegen die Terrororganisation IS unterstützt.

Im Anschluss an ein trilaterales Gipfeltreffen mit den beiden anderen Staaten des Astana-Formats, Iran und Russland, hat die Türkei ihren NATO-Verbündeten Washington aufgefordert, den Osten Syriens zu verlassen und ihre Unterstützung für kurdische Milizen dort einzustellen. Der türkische Präsident Recep Tayyip Erdoğan erklärte laut der amtlichen türkischen Nachrichtenagentur Anadolu:

"Amerika muss jetzt den Osten des Euphrat verlassen. Das ist ein Ergebnis des Astana-Prozesses. Die Türkei erwartet dies auch, weil es Amerika ist, das die terroristischen Gruppen dort fördert."

Dabei bezog dabei auf die Volksverteidigungseinheiten (YPG), eine kurdische Miliz, die den Kern der sogenannten Syrischen Demokratischen Kräfte (SDF) bildet, die von den US-Streitkräften im Osten Syriens als Verbündeter unterstützt werden, um der syrischen Regierung in Damaskus die Kontrolle über die ölreiche Region zu verweigern. Washington behauptet jedoch, es unterstütze die SDF im Rahmen des Kampfes gegen die Terrororganisation IS. Der türkische Präsident erklärte:

"Sie sehen, dass das amerikanische Personal dort Mitglieder der terroristischen Organisation

ausbildet. Während dieser Ausbildung schwenken sie die Flagge des dortigen Regimes. Und warum? Ihre Aufgabe ist es, einen terroristischen Akt gegen die türkischen Soldaten dort zu begehen. Auch hier denken sie, dass sie die türkische Armee täuschen, indem sie dort die Flagge des Regimes schwenken. Wir werden uns nicht täuschen lassen."

Im Oktober 2019 überquerten türkische Streitkräfte im Rahmen der von Ankara als "Operation Friedensfrühling" bezeichneten Operation die syrische Grenze nach Ostsyrien und vertrieben mehr als 300.000 Kurden aus einem 20 Meilen breiten Streifen entlang der Grenze. Ankara begründete die Militärbewegung damit, angebliche Überfälle kurdischer Gruppen über die Grenze zu stoppen. Eine andere kurdische Miliz, die Arbeiterpartei Kurdistans (PKK), kämpft seit Jahrzehnten gegen die türkische Regierung im Osten der Türkei und ist eng mit der YPG in Syrien verbündet. Die PKK hat auch Stützpunkte in der nordirakischen Region Kurdistan, gegen die Ankara ebenfalls mehrere militärische Operationen durchgeführt hat.

Die Offensive im Jahr 2019 brachte die USA in eine schwierige Lage, da die YPG bereits im Rahmen des "Train and Equip"-Programms von den USA unterstützt wurde und türkische Truppen in der Anfangsphase der Offensive US-amerikanische Grenzposten passierten, um ihre Verbündeten anzugreifen.

Außerdem griff die Türkei 2018 unter dem Namen Operation Olivenzweig kurdische Gebiete weiter westlich in den Regionen Afrin und Manbij an und unterstützte weiterhin mit Al-Qaida verbündete Gruppen in Idlib, der letzten Hochburg islamistischer extremistischer Kräfte, der nach Jahren des Bürgerkriegs in Syrien übriggeblieben ist. Der Astana-Prozess wurde 2018 ins Leben gerufen, um eine politische Lösung für den Syrien-Konflikt zu finden.

In jüngster Zeit nutzte der türkische Präsident die Mitgliedschaft seines Landes im NATO-Bündnis, um Schweden und Finnland, die sich Anfang des Jahres um einen NATO-Beitritt beworben hatten, dazu zu zwingen, ihre Unterstützung für kurdische Gruppen aufzugeben, indem er drohte, ein Veto gegen ihre NATO-Bewerbungen einzulegen. Auf dem NATO-Gipfel in Madrid Ende Juni wurde schließlich eine Einigung erzielt, auch wenn die betreffenden Länder weiterhin darüber streiten, was genau in Madrid vereinbart wurde.



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.07/article/62da7ebdb480cc177b2053ef.jpeg>

#### 15:30 de.rt.com: **Luftabwehr im Gebiet Cherson verstärkt**

Das von Russland kontrollierte Gebiet Cherson verstärkt sein System der Luftabwehr, um Raketenangriffe durch das ukrainische Militär abzufangen. Dies meldete das stellvertretende Oberhaupt der regionalen Verwaltung, Kirill Stremousow, der Nachrichtenagentur RIA Nowosti. Er sagte:

"Gegenwärtig formieren wir ein Luftabwehrsystem, um die Sicherheit der Bewohner des Gebiets Cherson zu gewährleisten."

Stremousow merkte an, dass die Verstärkung der Luftabwehr auf den verstärkten Beschuss durch die Ukraine zurückzuführen sei, bei dem auch US-amerikanische HIMARS-

Mehrfachraketenwerfer eingesetzt werden.

Zuvor hatte Kiews Militär den Beschuss des ehemals ukrainischen Gebiets intensiviert. Besonders betroffen war die Stadt Nowaja Kachowka, wo bei einem Raketenangriff zahlreiche Zivilisten getötet und verwundet sowie viele Wohngebäude beschädigt wurden.

16:53 (15:53) [novorosinform.org](https://novorosinform.org): **Deutschland hält Russland für unzuverlässigen Gaslieferanten und sollte "auf Nummer sicher gehen" – Scholz**

Der deutsche Bundeskanzler erklärte, er glaube nicht an die Reduzierung der russischen Gaslieferungen aus "technischen Gründen", warf Russland Unzuverlässigkeit vor und kündigte die Inbetriebnahme von Kohlekraftwerken an, berichtet TASS.

„Die seit Jahrzehnten geltende Behauptung, dass, egal ob in schlechten oder guten Zeiten, die vertraglich vereinbarten Gasmengen immer geliefert werden, trifft heute nicht mehr zu. Es wird nicht verlässlicher werden als heute. Man kann sich auf nichts verlassen, wenn der Vertrag nicht erfüllt wird, obwohl er schon fünfmal unterschrieben wurde“, sagte Olaf Scholz. Die Inbetriebnahme von Kohlekraftwerken hält der Kanzler für eine gute "Rückversicherung", falls die russische Seite doch noch den Gastransport nach Europa einstellt.

„Wir haben entschieden, dass Kohlekraftwerke laufen werden, um Gas zu sparen“, sagte Scholz.



[https://novorosinform.org/content/images/93/91/49391\\_720x405.jpg](https://novorosinform.org/content/images/93/91/49391_720x405.jpg)

16:25 de.rt.com: **Hohe Terrorwarnstufe im Gebiet Brjansk verlängert**

Die hohe "gelbe" Terrorwarnstufe im an die Ukraine grenzenden russischen Gebiet Brjansk ist um weitere 15 Tage bis zum 7. August verlängert worden. Dies meldete die regionale Verwaltung auf ihrer offiziellen Webseite. Die Verlängerung sei auf die weiterhin bestehende Gefahr von Terroranschlägen zurückzuführen, hieß es in der Meldung weiter.

Seit Beginn des russischen Militäreinsatzes waren Siedlungen in den an die Ukraine grenzenden russischen Regionen regelmäßig unter Beschuss genommen worden. Im Gebiet Brjansk wurden zuletzt am 19. Juli die Dörfer Lomakowka und Nowyje Jurkowitschi von ukrainischer Artillerie angegriffen.

16:41 de.rt.com: **Russland und Ukraine unterzeichnen Abkommen zu Getreideexporten**

Am Freitag wurde eine Vereinbarung über die Wiederaufnahme der Getreideexporte aus ukrainischen Häfen unterzeichnet. Das Abkommen soll zunächst vier Monate gelten. Es sieht unter anderem die Einrichtung eines Kontrollzentrums unter der Leitung der Vereinten Nationen in der Türkei vor.

Bei den von den Vereinten Nationen vermittelten Gesprächen in Istanbul wurde am Freitag eine Vereinbarung zur Freigabe der lang erwarteten Getreideexporte aus der Ukraine

[unterzeichnet.](#)

Die russische Nachrichtenagentur RIA Nowosti hatte bereits zuvor berichtet, dass der russische Verteidigungsminister Sergei Schoigu in der Türkei eingetroffen sei, um an der Unterzeichnung von Dokumenten teilzunehmen.

Die Weizenlieferungen aus der Ukraine, einem der wichtigsten Getreideproduzenten, waren unterbrochen worden, nachdem Russland Ende Februar seine Militäroperation in dem Nachbarstaat begonnen hatte. Die beiden Seiten hatten sich in der Vergangenheit gegenseitig beschuldigt, die Krise verursacht zu haben.

Die Ukraine und einige westliche Politiker haben Russland beschuldigt, die Lieferungen absichtlich durch die Blockade der Schwarzmeerhäfen des Landes zu verhindern. Moskau beharrt darauf, dass die Ukraine die Lieferungen durch das Verlegen von Seeminen vor den Häfen, darunter Odessa, unmöglich gemacht hat.

UN-Generalsekretär Antonio Guterres hatte im März davor gewarnt, dass Verzögerungen bei den Weizenlieferungen aus der Ukraine und Russland zu einem "Zusammenbruch des globalen Nahrungsmittelsystems" führen könnten. 45 Länder Afrikas und andere weniger entwickelte Länder würden laut Guterres mindestens ein Drittel ihres Weizens aus der Ukraine oder Russland beziehen und in 18 dieser Länder würden diese Exporte mindestens 50 Prozent ausmachen.

"Dies ist eine Einigung für die Welt", lobte Guterres nun das Abkommen. Die Verschiffung von Getreide und Lebensmittelvorräten auf die Weltmärkte werde dazu beitragen, "die globale Versorgungslücke bei Lebensmitteln zu schließen", und die weltweiten Nahrungsmittelpreise zu stabilisieren, sagte er in Istanbul.

Die Vereinbarung regelt nun die beiderseitigen Zuständigkeiten für die Durchfahrt von Trockenladungsschiffen vom Schwarzen Meer in internationale Gewässer. Laut der russischen Nachrichtenagentur RIA Nowosti sehe das Abkommen vor, die ukrainischen Getreideexporte über das Schwarze Meer von drei Häfen aus erfolgen würden: Odessa, Tschernomorsk und Juschny. Die mit Getreide beladenen Schiffe werden das Schwarze Meer laut Bericht durch einen vereinbarten sicheren Korridor verlassen und von ukrainischen Lotsen gesteuert werden.

Der Prozess soll von einem Kontrollzentrum unter der Leitung der Vereinten Nationen überwacht, das rasch in Istanbul eingerichtet und mit Vertretern Russlands, der Ukraine und der Türkei besetzt sein wird. Da Zentrum soll den sicheren Seeweg zwischen der Ukraine und dem Bosphorus festlegen. Laut RIA Nowosti wird es keine militärische Eskorte geben – Kriegsschiffe, Flugzeuge und Drohnen dürfen sich den Schiffen bis auf eine bestimmte Entfernung nicht nähern.

Die Schiffe mit dem Ziel Ukraine sollen zunächst in Istanbul durchsucht werden. Dies soll sicherstellen, dass sie keine Waffen oder Ähnliches geladen haben. Eine weitere Kontrolle in der Türkei solle es beim Rückweg der Schiffe aus dem Schwarzen Meer geben.

Das Abkommen soll zunächst vier Monate gelten.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.07/article/62dac1e448fbef09b263850b.jpg>

*Der UN-Generalsekretär Antonio Guterres, der russische Verteidigungsminister Sergei Schoigu, der türkische Verteidigungsminister Hulusi Akar und der türkische Präsident Recep Tayyip Erdoğan (v.l.) bei der Unterzeichnungszeremonie des Abkommens zu Getreideexporten, am 22. Juli 2022 in Istanbul*

**17:10 de.rt.com: Zerstörte Häuser und Wohnungsnot in Mariupol: Erste Modilhäuser als Behelfsquartiere eingetroffen**

Der Telegram-Kanal Tipitschnyj Donezk [zeigt](#) Aufnahmen von der Anlieferung mehrerer kleiner modularer Häuser nach Mariupol. Die vorgefertigten provisorischen Unterkünfte haben dem Augenschein nach etwa die Ausmaße von Fertiggaragen – daher können sie per Lkw-Tieflader transportiert werden.

Berichten zufolge sollen Einwohner von Mariupol, deren Häuser zu mehr als 30 Prozent durch die Kampfhandlungen beschädigt worden sind, vorübergehend in solchen Häusern untergebracht werden.

Über die enormen Zerstörungen und die Anfänge der Wiederaufbauarbeiten [berichtete](#) RT DE bereits.

**Telegram-Kanal des Stabs der Territorialverteidigung der DVR: Abendbericht des Stabs der Territorialverteidigung der DVR am 22. Juli 2022**

Die Behörden der DVR führen weiter vorrangige Maßnahmen zum Wiederaufbau des sozial-humanitären Bereichs durch.

In 27 befreiten Ortschaften wurden Renten ausgezahlt.

Mehr als 4800 Menschen wandten sich an die Einrichtungen des Gesundheitswesens.

Zwischen Krasnaja Poljana und Rosowka wurde eine Funkrelaisverbindung montiert und die Inbetriebnahme eines Kommunikationsobjekts vorbereitet.

Spezialisten der Elektrizitätswerke haben Reparatur- und Wiederaufbauarbeiten an Hochspannungsleitungen und Umspannwerken in Mariupol, Wolnowacha, Krasnyj Liman, Sachanka, Nowoje, Losowoje, Jazkoje und Rubzy durchgeführt.

Gasleitungen im Wolodarskij-Bezirk wurden an das Gasversorgungssystem angeschlossen.

Zivilschutzkräfte haben mehr als 25 Hektar Territorium untersucht und 147 explosive Objekte entschärft.

**Wir erinnern daran, dass einige Ortschaften der Donezker Volksrepublik mit explosiven Objekten übersät sind.**

**So haben die bewaffneten Formationen der Ukraine Antipersonenminen „Lepestok“ auf dem Gebiet von Jassinwowataja und Luganskoje abgeworfen.** Zurzeit ergreifen

Spezialdienste der DVR alle notwendigen Maßnahmen zur Minenräumung.

Seien Sie aufmerksam und vorsichtig! Bei der Entdeckung von explosiven Objekten rufen sie das Zivilschutzministerium und die Polizei an.

Das Innenministerium und die Militärkommandantur der DVR überprüfen weiter Ausweise und gewährleisten den Schutz der öffentlichen Ordnung in allen befreiten Ortschaften.

Bei Informationen über verdächtige Personen oder mögliche rechtswidrige Aktivitäten bitten wir, sich unverzüglich an die Telefonnummern des Staatssicherheitsministerium der DVR zu wenden.

**17:30 de.rt.com: Bewohner von Isjum durch ukrainischen Beschuss gestorben**

Die militärisch-zivile Verwaltung des Gebiets Charkow hat bekannt gegeben, dass mindestens ein Bewohner der Stadt Isjum durch ukrainischen Beschuss ums Leben gekommen sei. Die Behörde schrieb auf Telegram:

"Die ukrainischen Nazis haben wiederholt Wohngebiete von Isjum beschossen. Nach vorläufigen Angaben ist ein Zivilist gestorben, ein weiterer wurde verwundet."

17:50 de.rt.com: **Parlamentssprecher der DVR: Verhältnis der Bevölkerung in befreiten Gebieten zur Regierung normal**

Der Sprecher des Parlaments der Volksrepublik Donezk Wladimir Bidewka hat berichtet, dass die Bevölkerung der befreiten Gebiete ein normales Verhältnis zur Regierung der Republik habe. Angaben der Nachrichtenagentur RIA Nowosti zufolge sagte er:

"Ich denke, das Verhältnis ist normal. Wir sind ein Volk, wir sprechen die gleiche Sprache, Russisch. Natürlich hat die Propaganda, die es acht Jahre lang in der Ukraine, auch in unseren Gebieten gab, Spuren hinterlassen, aber ich glaube, dass sie ihr Endziel nicht erreicht hat. Die Volksrepublik Donezk bleibt einig in ihren konstitutionellen Grenzen."

Seit Beginn des russischen Militäreinsatzes in der Ukraine waren in der Volksrepublik Donezk unter anderem die strategisch wichtige Stadt Wolnowacha sowie die größte Hafenstadt am Asowschen Meer Mariupol befreit worden.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.07/original/62dab174b480cc177b205447.jpg>

*Parlamentssprecher der Donezker Volksrepublik Wladimir Bidewka*

**abends:**

18:50 de.rt.com: **Wieder ukrainischer Granatenbeschuss auf zivile Objekte in Donezk – Großbäckerei getroffen**

TASS [zeigt](#) die Folgen des jüngsten ukrainischen Angriffs auf Donezk. Demnach hätten ukrainische Truppen mehr als zehn großkalibrige Granaten auf die Hauptstadt der Volksrepublik Donezk abgefeuert.

Dabei gerieten die Kiew- und Kirow-Bezirke der Stadt unter Beschuss. Die ukrainischen Truppen nahmen wieder zivile Ziele unter Feuer. Dadurch wurde unter anderem das Gebäude einer Großbäckerei beschädigt, deren Verglasung und Ausrüstung teilweise zerstört und zudem fertige Produkte verdorben. Die Aufräum- und Wiederherstellungsarbeiten sind im Gange. Die Bäckerei arbeitet weiter.

Die örtlichen Behörden versicherten jedoch, dass es auch nach diesem Artillerieangriff keinen Mangel an Brot geben werde.

**Telegram-Kanal der Volksmiliz der DVR: Erklärung des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der DVR über die Lage um 20:00 Uhr am 22.07.22**

**Am heutigen Tag hat der Gegner nach Informationen des GZKK der DVR mehr als 220**

**Geschosse** mit Mehrfachraketenwerfern „Uragan“ und „Grad“, Rohrartillerie des Kalibers 155, 152 und 122mm sowie 120mm-Mörsern **abgefeuert**.

Die Gebiete von **7 Ortschaften** der Republik wurden beschossen. Infolge von Beschuss wurden **6 Zivilisten verletzt**. 22 Wohnhäuser und 4 zivile Infrastrukturobjekte wurden beschädigt.

Zusätzliche Informationen über verletzte Zivilisten und Schäden an Infrastruktur werden noch ermittelt.

Mit Trauer teilen wir mit, dass bei der Ausführung ihrer militärischen Pflicht im Kampf für die Unabhängigkeit **5 Verteidiger der Donezker Volksrepublik starben**.

Wir sprechen den Verwandten und Freunde der Toten unser aufrichtiges Mitgefühl aus.

#### 19:15 de.rt.com: **Gazprom verlangt von Siemens zum dritten Mal Unterlagen für Nord-Stream-Turbine**

Der russische Energiekonzern Gazprom beklagt ausbleibende Unterlagen zu einer Turbine für die Gas-Pipeline Nord Stream 1. Der Konzern habe bereits zum dritten Mal eine offizielle Bestätigung von Siemens Energy für die Rückgabe der fehlenden Turbine verlangt, hieß es am Freitag in einer offiziellen Mitteilung.

Gazprom habe Siemens erneut darum gebeten, eine schriftliche Bestätigung für eine Ausnahme von geltenden Sanktionsregelungen vorzulegen, die wiederum die Grundlage für die Rückkehr der Turbine nach Russland sei. "Aber Siemens hat die Dokumente bislang nicht vorgelegt."

Zuvor hatten Beamte in Berlin berichtet, dass die Turbine aus Kanada nach Deutschland geliefert worden sei. Gleichzeitig zitierte die Nachrichtenagentur Reuters Quellen, wonach die Turbine in Deutschland festsitze, da Moskau keine Genehmigung für den Transport erteilt habe.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.07/original/62dacfd7b480cc6b6224bdcb.jpg>

#### 19:40 de.rt.com: **Russisches Katastrophenschutzministerium sendet 90 Tonnen humanitäre Hilfsgüter in das Gebiet Charkow**

Die russische Nachrichtenagentur TASS zeigt einen kurzen [Videobericht](#) ihres Korrespondenten aus der Stadt Kupjansk im Gebiet Charkow.

Demzufolge hat das russische Katastrophenschutzministerium 90 Tonnen humanitäre Hilfe dorthin geliefert.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.07/original/62dacb38b480cc704b0dbe72.png>

*Einer der nach Kupjansk gelieferten Kartons mit humanitärer Hilfe*

### 19:49 de.rt.com: **Putin soll Vorsitzender der gesamtrussischen Kinder- und Jugendbewegung werden**

Mit einer neuen, breit abgestützten gemeinnützigen Initiative soll fern der sozialen Medien die Entwicklung und Erziehung von Kindern in einem sicheren Umfeld gefördert werden.

Der russische Präsident Wladimir Putin hat angekündigt, den Posten des Vorsitzenden im Aufsichtsrat einer neuen nationalen Kinder- und Jugendbewegung einzunehmen. Er kündigte dies an, als er sich mit den Teilnehmern des gesamtrussischen Sommerwettbewerbs "Große Pause" (im Sinne von: Große Ferien – Anm. d. Red.) traf.

Eine Teilnehmerin des Wettbewerbs, Anastasia aus St. Petersburg, sprach sich gegenüber Putin dafür aus, dass er den Posten des Vorsitzenden des Aufsichtsrats, dessen Gründung der russische Präsident Anfang dieses Monats ratifiziert hatte, einnehmen soll. Der russische Staatschef antwortete:

"Nun gut, Nastja, ich muss dir zustimmen. Es ist mir unmöglich, nach euren Darbietungen hier, einen solchen Posten abzulehnen."

Er fügte hinzu, dass Kinder, obwohl sie vielleicht weniger wissen als Erwachsene, manche Dinge viel intensiver fühlen und auch aufrichtiger seien. Er hielt zudem fest, dass ein gesunder Austausch zwischen Kindern und Erwachsenen für beide Seiten von Vorteil sei.

Putin sagte zu den versammelten Kindern und Jugendlichen:

"Euer Angebot nehme ich gerne an. Ich hoffe, dass der Austausch zwischen uns und der Bewegung sowohl mir als auch meinen Kollegen zugute kommt, die auf die eine oder andere Weise zusammen mit den Teilnehmern an den Aktivitäten der Bewegung beteiligt sein werden."

Die gesamtrussische Jugend- und Kinderbewegung soll eine breite gemeinnützige und selbstverwaltete Organisation werden. Das Ziel der Bewegung ist es, Kinder auf ein erfülltes Leben in der Gesellschaft vorzubereiten, indem man ihnen eine Weltsicht auf traditionelle russische Werte näher bringt, ihre Kreativität fördert sowie die Liebe und den Respekt für ihr Heimatland entwickelt.

Olga Kazakowa, eine Abgeordnete des Parlaments und eine der Gründerinnen dieser Initiative, sagte, die Bewegung soll Kindern helfen, echte emotionale Bindungen zu entwickeln, um so Teil eines Kollektivs zu werden. Sie erklärte:

"In einem Team gibt es viele verschiedene Formen des Austauschs, denen ein Kind im Erwachsenenalter begegnen wird. Hier kann ein Kind seine ersten Kommunikationsfähigkeiten erwerben und lernen zu verstehen, wie man aus einem Konflikt herausfindet, wie man Mitgefühl entwickelt und wie man sich in sein Gegenüber hinein versetzt."

Kazakowa betonte auch, dass die Bewegung die Kinder und Jugendlichen vor den negativen Auswirkungen der sozialen Medien schützen soll, durch die sich viele von der realen Welt abgekoppelt hätten. Sie sagte:

"Oft verstehen Eltern ihre Kinder nicht mehr und vor allem wissen sie nicht, wo die Risikozonen für sie lauern. Kinder beginnen heute bereits früh, sich der elterlichen und pädagogischen Aufsicht zu entziehen, und es ist klar, dass man dieser Entwicklung begegnen muss. Andernfalls verlieren Kinder ihren Schutz."

Die Bewegung wird aus Schülern bestehen, während Erwachsene – einschließlich der Eltern – als deren Mentoren auftreten werden. Es wurde jedoch auch beschlossen, dass Menschen, die nach dem geltenden Gesetz als "ausländische Agenten" gelten oder Personen, die mit ihnen zusammenarbeiten, nicht als Mentoren in der Bewegung aktiv sein dürfen.



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.07/article/62da7174b480cc1d667c7397.jpg>

#### 19:56 de.rt.com: **Schlappe für Habeck: EU-Länder wollen sich nicht zum Energiesparen zwingen lassen**

Zahlreiche Mitgliedstaaten der EU sind nicht bereit, für Deutschland Energie zu sparen, und lehnen den EU-Notfallplan ab. Die Pläne der EU-Kommission sehen vor, die Länder zum Energiesparen zu zwingen und den Energieverbrauch kollektiv um 15 Prozent zu senken. Die Pläne der EU-Kommission, Mitgliedstaaten zum Energiesparen zu zwingen und den Energieverbrauch kollektiv um 15 Prozent zu reduzieren, erweist sich schon wenige Stunden nach der Bekanntgabe als unrealistisch. Mehrere EU-Staaten lehnen die Pläne kategorisch ab, darunter Ungarn, Spanien, Griechenland, Portugal, Polen und Zypern.

Frankreichs Ministerin für die Energiewende Agnès Pannier-Runacher hielt sich mit ihren Äußerungen zwar zurück, sagte aber, dass die EU-Kommission pauschale Einsparungen nicht zentral und ohne vorherige Konsultation der Mitgliedstaaten treffen könne.

Der portugiesische Staatssekretär für Energie João Galamba sagte, man sei nicht bereit, die von Brüssel vorgegebenen Bedingungen zu erfüllen, ohne zuvor gefragt zu werden. Mit einem Seitenhieb auf Deutschland erklärte die spanische Energieministerin Teresa Ribera, Spanien brauche nicht zu sparen, da es nicht wie andere Länder "über seine Verhältnisse" gelebt habe. Diese Retourkutsche dürfte sich auf den harten Kurs Deutschlands gegenüber den südeuropäischen Mitgliedstaaten in der Euro-Krise beziehen. Habeck schoss am Donnerstag zurück und stellte es nun als eine Frage der "Solidarität" dar, dass auch Staaten sparen, die nicht so abhängig vom russischen Gas sind wie Deutschland.

Polens Energiebeauftragter Piotr Naimski lehnte den Plan als Eingriff in die Souveränität ab. Energieministerin Anna Moskwa erklärte, man befürworte zwar Solidarität, aber die Energiesicherheit des Landes habe Vorrang. Laut Reuters sind Polens Gasspeicher zu 98 Prozent gefüllt.

Ungarn vereinbarte kürzlich mit Moskau, mehr Gas aus Russland zu kaufen. Der ungarische Außenminister Peter Szijjártó reiste zu diesem Zweck am Donnerstag nach Moskau zu einem

Treffen mit seinem russischen Amtskollegen Sergei Lawrow. Ungarn könne sonst seine Wirtschaft nicht mehr aufrechterhalten. Das Land hatte kürzlich den Energienotstand ausgerufen mit der Folge, dass es kein Erdgas mehr in andere Länder exportieren darf. Der Vorschlag muss laut EU-Vorschriften bei einem Dringlichkeitstreffen der Energieminister in der nächsten Woche entweder von 55 Prozent der EU-Länder oder von Regierungen, die 65 Prozent der Bevölkerung der EU-Mitgliedstaaten vertreten, genehmigt werden. Doch auch in der EU glaubt man offenbar nicht mehr daran, dass der Plan umgesetzt werden kann: Mehreren Medien zufolge erklärten Insider, dass der EU-Kommission die rechtliche Grundlage fehle. Demnach wird Deutschland wohl vorerst keine Unterstützung für seine Energiesparpläne erhalten.



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.07/article/62dad08748fbef0cfe247703.jpg>

20:00 de.rt.com: **Steht eine Offensive in Richtung Nikolajew und Odessa bevor?**

Einem kurzen [Videobericht](#) des Telegram-Kanals Glawnoje w Chersone zufolge könnte es in nächster Zeit zu einer Offensive auf Nikolajew und Odessa kommen.

Demnach habe die sogenannte Odessa-Brigade ihre Kampfbereitschaft im Gebiet Cherson vervollständigt.

"In naher Zukunft werden wir gemeinsam mit den verbündeten Streitkräften mit der Befreiung der Stadt Nikolajew und der Heldenstadt Odessa beginnen. Wir werden keine Gnade für Ukronazis, Söldner und alle Arten von Bandera-Abschaum zeigen", sagte ein Vertreter der Brigade.

Die einzige Möglichkeit für die ukrainischen Truppen, ihr Leben zu retten, sei, ihre Waffen niederzulegen und sich zu ergeben. Andernfalls würden sie vernichtet.

Seinen Worten zufolge besteht die Brigade aus Einheimischen aus der Südukraine, den Regionen Odessa, Nikolajew und dem Donbass, aber es seien auch Personen aus Kiew und sogar jemand aus der Westukraine dabei. Am Ende stellt er fest:

"Dies ist unser Land, wir säubern es von nazistischem Unrat, hier befinden sich die Gräber unserer Vorfahren."

20:25 de.rt.com: **Bericht: Polen kritisiert "inakzeptable Angebote" aus Deutschland bei Ringtausch von Waffen**

Laut einem Spiegel-Bericht kritisierte Polen die Bundesregierung im Zusammenhang mit dem geplanten Ringtausch für Waffenlieferungen an die Ukraine. "Die deutschen Versprechen zum Panzer-Ringtausch haben sich als Täuschungsmanöver erwiesen", sagte Vizeaußenminister Szymon Szynkowski vel Sęk.

Zunächst habe Deutschland den Polen Panzer angeboten, "die älter waren als diejenigen, die wir der Ukraine gegeben hatten", klagte er. Diese Offerte sei "nicht zu akzeptieren, denn wir haben kein Interesse daran, den Zustand unserer Bewaffnung zu verschlechtern und unsere Soldaten auf Gerät aus den Sechzigerjahren zu schulen".

Angeboten worden sei "eine symbolische Anzahl Panzer", erklärt der Vizeaußenminister:

"Das kann man schwerlich als ernst zu nehmenden Vorschlag werten, nachdem wir der Ukraine über 200 Panzer in zwei Monaten geliefert haben."  
Deswegen rede Polen nun mit anderen NATO-Partnern und erhalte derzeit Panzer aus den USA und Großbritannien, sagte der Politiker.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.07/original/62dab389b480cc1a765e89bb.jpg>